

Leben in Innsbruck

Einkommen und Lebenshaltungskosten der Innsbrucker Bevölkerung

Dr. Andreas Höferl
Wien, März 2006

Vorwort

Die öffentliche Diskussion in Österreich ist in den letzten Jahren zunehmend davon geprägt, dass die Einkommen breiter Bevölkerungsschichten kaum mehr zunehmen, jedoch die Ausgaben und Belastungen der privaten Haushalte spürbar steigen. Tatsächlich bestätigen verschiedenste Quellen und Berichte, dass insbesondere kleinere Einkommen in Österreich – etwa der ArbeiterInnen und PensionistInnen - in den letzten Jahren sogar mehrmals reale Verluste hinnehmen mussten, während auf der anderen Seite wichtige Lebenshaltungskosten – etwa Wohn-, Energie- oder Gesundheitskosten – überdurchschnittlich stark gestiegen sind.

Als Ursachen dafür werden auf der Einkommenseite häufig die gestiegene Arbeitslosigkeit genannt, die deutliche Zunahme gering bezahlter Beschäftigungen, ein Anstieg der Löhne und Gehälter, der geringer ausfällt als der Anstieg der Preise und der wirtschaftlichen Wertschöpfung, oder Pensionsanpassungen unter der Teuerungsrate. Auf der Ausgabenseite sind es vor allem die gestiegenen Wohnkosten, die Kosten für die Mobilität und die Gesundheit, die gestiegenen Energiekosten oder jene für die Kinderbetreuung, welche die Haushalte belasten. Doch auch der zunehmende Aufwand für Bildung oder die Pflege Angehöriger belastet zeitlich, finanziell wie auch psychisch eine wachsende Zahl von Menschen.

Diese Arbeit versucht am Beispiel von Innsbruck die Einkommen und die wichtigsten Lebenshaltungskosten und Belastungen der privaten Haushalte genauer darzustellen und damit Beiträge zum öffentlichen Dialog zu leisten.

Ein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle der Statistik Austria, dem Amt der Tiroler Landesregierung sowie Frau Veronika Adensamer für die Hilfestellungen bei der Recherche.

Dr. Andreas Höferl

Generalsekretär der ÖGPP

Wien, im März 2006

INHALT:

1. Einleitung	5
Bevölkerung.....	5
Wirtschaft.....	5
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.....	5
2. Einkommen	8
2.1 Arbeitnehmerentgelte	8
Gegenwärtige Situation.....	8
Entwicklungstendenzen.....	10
Exkurs: Einkommen von MigrantInnen.....	11
2.2 Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse	11
Selbständigeneinkommen.....	11
Betriebsüberschüsse (Gewinne).....	12
Entwicklungstendenzen.....	13
2.3 Vermögenseinkommen	13
Zinseinkünfte.....	14
Vermietung und Verpachtung.....	14
2.4 Einkünfte aus umverteiltem Einkommen	14
Pensionen.....	17
Pflegegeld.....	18
Arbeitslosengeld und Notstandshilfe.....	18
Krankengeld.....	19
Familienleistungen.....	19
Sozialhilfe.....	21
Weitere Sozial- und Transferleistungen des Landes Tirol.....	22
2.5 Zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen	23
3. Ausgaben der privaten Haushalte	24
3.1 Verbrauchsausgaben (Übersicht)	24
3.2 Wohnen	26
Zahl, EigentümerInnen, Ausstattung, Größe und Nutzung der Wohnungen.....	26
Wohnkosten.....	27
Betriebskosten.....	30
Neubaukosten.....	31
3.3 Mobilität	31
Besitz und Nutzung von Fahrzeugen, PendlerInnen.....	31
Mobilitätskosten.....	32

3.4 Familie	33
Familienstrukturen	33
Kinder und Kinderbetreuung.....	33
Kosten der Kinderbetreuung.....	35
Schule und Bildungskosten	37
Kosten von Pflege und Behinderungen	37
3.5 Ausgaben für Gesundheitspflege	38
3.6 Kommunikationskosten	39
3.7 Vermögensbildung - Sparen	39
3.8 Schulden	40
3.9 Kaufkraft in Tirol	41
4. Zusammenfassung	42
Quellen.....	46

1. Einleitung

Bevölkerung

Das Land Tirol wies 2004 692.281 EinwohnerInnen aus. Mit 115.825 lebten knapp 17 % der Landesbevölkerung in der Landeshauptstadt, weitere 23 % im Bezirk Innsbruck. Das Bevölkerungswachstum lag 2004 in Innsbruck mit plus 0,8 % exakt im Landesdurchschnitt. Dennoch **zählt die Stadt Innsbruck neben Osttirol zu den Bezirken mit dem schwächsten Bevölkerungswachstum im Land**. Auch künftig wird die Bevölkerungszahl in Tirol zunehmen, am stärksten dabei im Bezirk Innsbruck-Land, am schwächsten in Innsbruck-Stadt.

Wohnbevölkerung 2004 nach Bezirken und Altersgruppen ¹

Bezirk	Einwohner 2004	Veränd. ggü. 2003 in %	unter 15 J.	15-64 Jahre	über 65 Jahre	Männer	Frauen
Innsbruck Stadt	115.825	0,8	15.523	80.997	19.305	54.689	61.136
Innsbruck Land	159.936	1,1	28.237	110.587	21.112	78.559	81.377
TIROL	692.281	0,8	119.254	474.405	98.622	338.070	354.211

Wirtschaft

Der Bezirk bildet den Siedlungs- und Arbeitsschwerpunkt Tirols. Zentrum ist die Landeshauptstadt. Durch die zentrale Lage am Verkehrsschnittpunkt Inntal-Brenner verfügt der Bezirk über eine gute Anbindung an die bedeutenden Wirtschaftszentren Süddeutschlands und Norditaliens. Die regionale Wirtschaftsstruktur wird von einem überdurchschnittlich hohen Dienstleistungsanteil geprägt. Hier dominieren der öffentliche Dienst (Landesdienststellen, Landeskrankenanstalten) sowie der Handel und die Wirtschaftsdienste (Banken, Sparkassen, Versicherungen). Fast der gesamte Bezirk ist bedeutendes Tourismusgebiet (Stubaital, Raum Innsbruck, Seefeld usw.). Der Bereich des sekundären Sektors ist durch einen vielfältigen Branchenmix gekennzeichnet.

Die wirtschaftliche Leistungskraft Tirols liegt seit Mitte der 90er Jahre über dem österreichischen Durchschnitt und sie wächst auch stärker als in Österreich insgesamt. In der Region Innsbruck werden über 44 % der Tiroler Wertschöpfung erarbeitet, **der Anstieg des Bruttoregionalprodukts in der Region Innsbruck lag in den letzten Jahren aber unter dem Landes- und unter dem Bundesdurchschnitt**.

Bruttoregionalprodukt absolut (in Mio. €) und pro Kopf (in €) nach NUTS-Regionen 1995 bis 2002 ²

Region	BRP absolut in Mio. €					BRP pro Kopf in €				
	1995	2000	2002	95-02	In %	1995	2000	2002	95-02	In %
Innsbruck	6.590	7.860	8.216	+1.626	+24,7	24.400	28.800	29.800	+5.400	+22,1
TIROL	14.840	17.726	19.161	+4.321	+29,1	22.200	26.500	28.200	+6.000	+27,0
ÖSTERR.	172.287	206.671	218.333	+46.046	+26,7	22.100	26.300	27.400	+5.300	+24,0

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

2004 waren in Tirol nach Angaben des Arbeitsmarktservices 323.042 Menschen - oder 68 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 – berufstätig. Von ihnen waren 280.907 (87 %) unselbständig und 41.149 (13 %) selbständig beschäftigt. **40 % aller Tiroler Berufstätigen waren in Innsbruck-Stadt bzw. Innsbruck-Land beschäftigt**. Im Raum Innsbruck liegt auch die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen gemessen an der Bevölkerung etwa über dem Landes-, aber unter dem Bundesdurchschnitt:

¹ Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2004

² Statistik Austria 2004

Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2004 ³

Bezirk	Berufstätige	Unselbständig erwerbstätig	Selbständig erwerbstätig	Berufstätige je 1000 EW
Innsbruck-Stadt und -Land	129.585	115.817	13.768	470
TIROL	323.042	281.768	41.274	466
ÖSTERREICH	3,904.115	3,427.310	476.805	481

Nur 65,3 % der Tiroler Arbeitnehmer und gar nur 43,3 % der Tiroler Arbeitnehmerinnen waren zuletzt (2003) ganzjährig vollzeitbeschäftigt, hatten also einen „normalen Arbeitsplatz“. Ein Drittel der Tiroler Männer und mehr als die Hälfte der Tiroler Frauen waren entweder nur teilzeitbeschäftigt oder zeitweise arbeitslos. Dies hat enorme Auswirkungen auf die Einkommen und die wachsende Gruppe der „working poor“, von Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet sind, wie später gezeigt wird.

In Innsbruck hatten zuletzt (2003) nur etwa 17.500 bzw. 63,9 % der männlichen Arbeitnehmer und etwa 13.000 bzw. 48,4 % der weiblichen Arbeitnehmer einen Normalarbeitsplatz. Insgesamt waren in Innsbruck 2003 30.440 Männer und Frauen (56,2 %) ganzjährig vollzeitbeschäftigt, aber **23.712 ArbeitnehmerInnen (43,8 %) nur teilzeitbeschäftigt oder zeitweise arbeitslos.**

Voll- und Teilzeitbeschäftigte Tiroler Arbeitnehmer (Männer) nach Bezirken 2003 ⁴

BEZIRK	Arbeitnehmer Männer	Männer vollzeit- beschäftigt	Männer teilzeit- beschäftigt	Männer ganzjährig beschäftigt	Männer nicht ganzjährig beschäftigt	Männer ganzjährig und voll- zeitbesch.	in %
Innsbruck-Stadt	27.383	24.133	3.129	18.999	8.384	17.488	63,9
Innsbruck-Land	40.620	37.906	2.532	30.575	10.045	29.154	71,8
TIROL	170.749	158.707	11.029	117.174	53.575	111.551	65,3
ÖSTERREICH	2,025.032	1,863.191	146.963	1,461.144	563.888	1,382.797	68,3

Voll- und Teilzeitbeschäftigte Tiroler Arbeitnehmerinnen (Frauen) nach Bezirken 2003 ⁵

BEZIRK	Arbeitnehmer Frauen	Frauen vollzeit- beschäftigt	Frauen teilzeit- beschäftigt	Frauen ganzjährig beschäftigt	Frauen nicht ganzjährig beschäftigt	Frauen ganzjährig und voll- zeitbesch.	in %
Innsbruck-Stadt	26.769	17.404	9.285	19.239	7.530	12.952	48,4
Innsbruck-Land	34.746	22.017	12.655	25.105	9.641	15.923	45,8
TIROL	144.860	94.930	49.542	95.605	49.255	62.781	43,3
ÖSTERREICH	1,670.395	1,111.707	553.342	1,214.691	455.704	824.127	49,1

Auch in Tirol verstärkte sich in den letzten Jahren der Trend zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Von 1998 bis 2004 nahm die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Tirol um mehr als 4.000 Menschen oder 23 % zu. Nach Bezirken zeigt sich, dass ein überdurchschnittlicher Anteil – **ein Drittel aller Tiroler geringfügig Beschäftigten – in Innsbruck** arbeitet, weitere 18 % in Innsbruck-Land. Das heißt, die Hälfte aller geringfügig Beschäftigten Tirols arbeitet im Raum Innsbruck. Der Anteil „prekär Beschäftigter“ ist in Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg und Wien am höchsten in Österreich. Geringfügig Beschäftigte haben ein Einkommen weit unter der Armutsgefährdungsgrenze, weshalb sie zur Gruppe der „working poor“ gezählt werden.

³ AMS: Arbeitsmarktprofile 2003 der Bezirke

⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

Geringfügig Beschäftigte nach Bezirken und Geschlecht Ende Juli 2004 ⁶

Bezirk	gesamt	Männer	Frauen
Innsbruck-Stadt	6.678	1.986	4.692
Innsbruck-Land	3.601	784	2.817
TIROL	20.149	4.747	15.402

Das Niveau der **Arbeitslosigkeit** liegt in Tirol deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Arbeitslosenquote lag 2005 mit 6,5 % deutlich unter dem österreichischen Wert von 8,7 %. Die Arbeitslosigkeit ist in Tirol nach einem Rückgang bis zum Jahr 2000 in den letzten Jahren allerdings wieder auf 17.439 im Jahresdurchschnitt 2005 gestiegen. Zählt man auch jene Arbeitslosen dazu, die sich in Schulungen befanden, so war die Arbeitslosenzahl 2005 mit 18.992 weit höher als in den letzten Jahren. **In Innsbruck sowie im Bezirk Innsbruck-Land liegt die Arbeitslosenquote deutlich unter dem Landesdurchschnitt.** Es sind in der Stadt Innsbruck zur Zeit dennoch mehr als 3.000 Menschen arbeitslos.

Arbeitslose nach Bezirken 2004 und 2005 im Jahresdurchschnitt ⁷

Bezirk	Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %		Arbeitslose in Schulungen		Arbeitslose insgesamt	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Innsbruck-Stadt und -Land	5.284	5.584	4,4	4,6	795	748	5.976	6.332
davon Innsbruck	2.581							
TIROL	16.368	17.439	5,6	6,8	1.616	1.553	17.984	18.992
ÖSTERREICH	243.880	252.654	7,1	8,7	42.645	48.590	286.525	301.244

⁶ AK-Tirol

⁷ AMS

2. Einkommen

Einkommen ist in der Regel Voraussetzung für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten, die Schaffung und Sicherung der Existenz, für mehr oder weniger Wohlstand, Armut oder Reichtum, und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Einkommen entsteht durch Wertschöpfung und Umverteilung. Die Summe aller Wertschöpfungen in einer Volkswirtschaft (Bruttonational- oder Volkseinkommen) gliedert sich in ArbeitnehmerInnenentgelte, Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse sowie Vermögenseinkommen. Durch Umverteilung (von Steuern und Abgaben) entstehen zudem die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen, also die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen.

Bei den Einkommen aus Wertschöpfung sind Einkommen, die durch Erwerbsarbeit entstehen (also Arbeitnehmerentgelte, Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse) von jenen Einkommen zu unterscheiden, die durch Vermögen (Kapital, Grund und Boden) entstehen.

2.1 Arbeitnehmerentgelte

Arbeitnehmerentgelte sind Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.

Gegenwärtige Situation

Die Lohnsteuerstatistik weist für Tirol zuletzt (2003) 315.609 Bruttobezüge von ArbeitnehmerInnen auf, von denen 230.670 aus Vollzeitbeschäftigungen und 60.038 aus Teilzeitbeschäftigungen (zusammen 290.708 Beschäftigungen) stammten. Die Differenz der Bezüge zur Zahl der ArbeitnehmerInnen ergibt sich aus Mehrfachbezügen von etwa 20.000 bis 25.000 Personen.

In Innsbruck lagen die Arbeitnehmereinkommen zuletzt (2003) um 5,5 % über dem Tiroler Durchschnitt, aber um 5,1 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Beschäftigungsarten und Jahresnettobezüge der Tiroler ArbeitnehmerInnen nach Bezirken 2003⁸

Bezirk	Zahl der Bezüge	aus Vollzeitbeschäftigungen	aus Teilzeitbeschäftigungen	Durchschn. Jahresnettobezug in €
Innsbruck-Stadt	54.152	41.537	12.414	16.041
Innsbruck-Land	75.366	59.923	15.187	16.447
TIROL	315.609	253.637	60.571	15.202

Vergleich der Arbeitnehmernettoeinkommen in Tirol mit Österreich in % 2003⁹

Bezirk	Erwerbseinkommen
ÖSTERREICH	100,0
Innsbruck-Land	97,3
Innsbruck-Stadt	94,9
TIROL	90,0

Die **Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen** sind in Tirol mit 64,2 % höher als im Bundesdurchschnitt (54,2 %). In **Innsbruck-Stadt** sind sie mit 44 % **am geringsten** innerhalb Tirols.

Tiroler Frauen verdienen zuletzt (2003) in der Stadt Innsbruck am besten (durchschnittlich 13.121 Euro netto pro Jahr). Ihre Einkommen lagen sogar knapp über dem österreichischen

⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

⁹ Quelle: Statistik der Lohnsteuer 2003

Durchschnitt. Die Einkommen der Männer lagen zwar knapp über dem Landes-, aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Jahresnettobezüge der Tiroler ArbeitnehmerInnen nach Geschlecht und Bezirken 2003¹⁰

	Männer und Frauen	Netto-Bezug Männer	Netto-Bezug Frauen	Differenz Männer ggü. Frauen in %
Innsbruck Stadt	16.041	18.896	13.121	+44,0
Innsbruck Land	16.447	20.352	11.882	+71,3
TIROL	15.202	18.525	11.285	+64,2
ÖSTERREICH	16.895	20.095	13.045	+54,2

Mehr als die Hälfte aller Tiroler Jahresbezüge (51,7 %) waren geringer als 20.000 Euro brutto pro Jahr. Drei Viertel (75,7 %) aller Jahresbezüge von Tiroler ArbeitnehmerInnen waren im Jahr 2003 auch geringer als 30.000 Euro brutto. Das oberste Zehntel der Bezugspyramide vereinigte fast ein Drittel (31,9 % oder 2,2 Mrd. Euro) der gesamten Bezugssumme auf sich.

Aussagekräftiger als der Blick auf die Durchschnittseinkommen ist die Differenzierung danach, ob eine ganzjährige Vollzeitbeschäftigung bestand oder nicht.

Männer: Ein ganzjährig vollzeitbeschäftigter Innsbrucker Arbeitnehmer verdiente 2003 durchschnittlich 25.091 Euro. Das waren um etwa 6 % mehr als der Landesdurchschnitt (23.623 Euro) und sogar um 1 % mehr als der Bundesdurchschnitt. Aber eben nur 63,9 % bzw. 17.488 Innsbrucker Arbeitnehmer waren ganzjährig vollzeitbeschäftigt.

1.511 waren ganzjährig teilzeitbeschäftigt. Ihr Einkommen lag mit durchschnittlich 13.316 deutlich unter dem Landes- und Bundesschnitt. Das Einkommen der 8.384 nicht ganzjährig beschäftigten Männer in Innsbruck lag mit durchschnittlich 6.871 Euro bereits deutlich unter der Armutsgefährdungsgrenze (von 9.425 Euro im Jahr 2003). Der Sozialbericht 2003-2004 bestätigte, dass Menschen, die unregelmäßig beschäftigt oder nicht erwerbstätig sind, eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquote (von 17 bis 19 %) aufweisen.¹¹

Jahresnettobezüge der Tiroler Arbeitnehmer (Männer) nach Bezirken 2003¹²

	Netto-Bezug Männer	Männer ganzjährig vollzeitbeschäftigt	Männer ganzjährig teilzeitbeschäftigt	Männer nicht ganzjährig beschäftigt
Innsbruck Stadt	18.896	25.091	13.316	6.871
Innsbruck Land	20.352	24.935	14.903	7.713
TIROL	18.525	23.623	15.012	8.171
Österreich	19.874	24.915	15.751	8.004

Frauen: Nur 48,4 % der Innsbrucker Arbeitnehmerinnen (12.952) waren zuletzt (2003) ganzjährig vollzeitbeschäftigt. Sie verdienten mit durchschnittlich 18.536 Euro netto deutlich über dem Landes- und sogar über dem Bundesdurchschnitt. Die 6.287 ganzjährig teilzeitbeschäftigten Innsbrucker Frauen verdienten dagegen durchschnittlich nur 11.842 Euro. Die Einkommen der 7.530 nicht ganzjährig beschäftigten Frauen lagen in Innsbruck mit durchschnittlich 4.849 Euro bereits fast 50 % unter der Armutsgefährdungsgrenze.

Zwei Drittel aller Frauen in Österreich arbeiteten – nach Angaben des Mikrozensus 2002¹³ – aus familiären Gründen nur Teilzeit, um sich der Kinderbetreuung, Haushaltsführung oder Pflege von Angehörigen widmen zu können.

¹⁰ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003 und eigene Berechnungen

¹¹ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S. 218

¹² Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

Jahresnettobezüge der Tiroler Arbeitnehmerinnen (Frauen) nach Bezirken 2003 ¹⁴

	Netto- Bezug Frauen	Frauen ganzjährig vollzeit- beschäftigt	Frauen ganzjährig teilzeit- beschäftigt	Frauen nicht ganzjährig beschäftigt
Innsbruck Stadt	13.121	18.536	11.842	4.849
Innsbruck Land	11.882	16.691	10.944	4.827
TIROL	11.285	16.392	10.701	5.154
Österreich	12.951	18.085	11.578	4.866

Ein wesentlicher Grund für die Einkommensdifferenzen von Männern und Frauen sind auch die unterschiedlichen beruflichen Positionen von Frauen und Männern. Frauen sind stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten.

Entwicklungstendenzen

Sinkender Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Wertschöpfung: Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttonationaleinkommen – dem Volkseinkommen – in Österreich nimmt seit 1982 ab und ist bereits um rund 6 % gesunken. Die ArbeitnehmerInnen bekommen also einen immer kleiner werdenden Anteil an der gemeinsamen Wertschöpfung, obwohl ihre Zahl in Österreich um etwa 400.000 höher ist als 1981.¹⁵

Wachsende Einkommensunterschiede: In den letzten Jahren sind vor allem die Einkommen der ArbeitnehmerInnen der unteren Einkommensgruppen geringer geworden, während besser verdienende Angestellte und BeamtenInnen kontinuierliche Einkommenszuwächse hatten. Die Lohnsteuerstatistiken weisen nach, dass von 1995 bis 2003 die Bruttolöhne und -gehälter der untersten 30 % EinkommensbezieherInnen in Österreich in diesen Jahren nominell nur um insgesamt 2 % gestiegen sind, inflationsbereinigt sogar um über 10 % gesunken sind. Die Bruttoeinkommen der mittleren drei Dezile sind nominell in diesen Jahren um 16 % gestiegen, was in etwa der Inflation dieser Jahre entspricht. Die Einkommen der obersten vier Einkommensdezile sind dagegen um 24 bis 28 % gewachsen. Überdurchschnittlich dazuverdient haben in den letzten Jahren somit jene, die bereits überdurchschnittlich viel verdienen. Das Zunehmen der „*Ungleichheit bei den Unselbständigen-Einkommen*“ hat bereits der Sozialbericht 2001/2002 zur Diskussion gestellt.

Auch eine Studie des WIFO im Herbst 2005 bestätigt: Im Jahr 1992 bezogen die obersten 20 % der LohnsteuerzahlerInnen in Österreich 39,1 % der Einkommen, die untersten 20 % 6,9 %. Ein Jahrzehnt später (2003) bezogen die obersten 20 % bereits 46,1 % der Einkommen, die untersten 20 % dagegen nur noch 2,3 %. Auch der Gini-Koeffizient bringt zum Ausdruck, dass die Einkommensverteilung in Österreich in den letzten Jahren ungleicher geworden ist und die Einkommensunterschiede kräftig gestiegen sind.¹⁶ Auch die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind größer geworden, vor allem in den niedrigeren Einkommensbereichen.

In Großstädten sind überdurchschnittlich viele Menschen mit sehr geringen Einkommen und ebenso überdurchschnittlich viele mit guten bis sehr hohen Einkommen vertreten. Diese Einkommensspreizung ist in Wien am höchsten, gefolgt von Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg.

Zunahme atypischer Beschäftigungen: Das Zurückbleiben der Einkommensentwicklung unterer Einkommensgruppen hängt auch zusammen eng mit der deutlichen Zunahme „atypischer“ Beschäftigungen mit geringen Einkommen seit Mitte der 90er Jahre, auf die bereits hingewiesen wurde.

¹³ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 42

¹⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

¹⁵ vgl. dazu auch: ÖGPP – Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

¹⁶ wie oben, S. 622

Zunehmende Armutsgefährdung Erwerbstätiger („working poor“): Das Phänomen der „working poor“ nimmt deutlich zu, also von Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet oder sogar arm sind. Bei Menschen, die nur teilweise erwerbstätig sind, steigt die Armutsgefährdungsquote auf 18 %, bei Langzeitarbeitslosen sogar auf 36 %. Geht man von diesen durchschnittlichen Armutsgefährdungsquoten aus, so muss angenommen werden, dass **in Innsbruck etwa 8.500 Menschen zeitweise oder ganzjährig armutsgefährdet oder arm („working poor“) sind, obwohl sie voll oder teilweise, unselbständig oder selbständig erwerbstätig sind.** Mit ihnen sind oft auch die Familienmitglieder armutsgefährdet, insbesondere in Haushalten, wo nur eine Person erwerbstätig ist, also besonders in Alleinerzieher-Haushalten und Mehrkeindfamilien. Die deutliche Mehrheit dieser armutsgefährdeten und armen Erwerbstätigen sind Frauen.

Exkurs: Einkommen von MigrantInnen

Relativ dünn ist die Quellenlage hinsichtlich der Einkommen von MigrantInnen. Einige Hinweise dazu liefert die jährliche Erhebung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen“ (EU-SILC) der Statistik Austria.¹⁷ Insgesamt gilt für Österreich, dass MigrantInnen weit schlechtere Einkommen haben als ÖsterreicherInnen. 74 % der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) mussten zuletzt (2004) mit einem Einkommen unter dem Medianeinkommen leben, nur 26 % steht ein überdurchschnittliches Einkommen zur Verfügung. Etwas besser ist die Situation für Eingebürgerte, von denen nur 68 % ein Einkommen unter dem Medianeinkommen zur Verfügung hatten. Die geringsten Einkommen unter den MigrantInnen stehen Menschen aus der Türkei zur Verfügung.

Zudem bestehen durchschnittlich nur 26 % der Einkommen von MigrantInnen-Haushalten in Österreich in Form von Sozialleistungen und Pensionen, während es bei den ÖsterreicherInnen durchschnittlich 36 % sind. Demzufolge ist ein weit höherer Anteil der MigrantInnen armutsgefährdet, nämlich 28 %. Auch bei den Eingebürgerten ist die Armutsgefährdungsrate mit 23 % sehr hoch. 37 % der MigrantInnen leben in Substandard-, überbelegten und verhältnismäßig teuren Wohnungen.

Umgelegt auf Tirol bedeutet das, dass von den 69.201 im Jahr 2004 in Tirol lebenden Ausländern etwa 50.000 in Haushalten leben, deren Einkommen unter den durchschnittlichen Erwerbseinkommen in Tirol liegen. Etwa 18.000 der mehr als 69.000 AusländerInnen in Tirol sind armutsgefährdet. Mehr als 25.000 leben in Substandard- oder überbelegten Wohnungen.

In Innsbruck lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 15.000 ausländische StaatsbürgerInnen. Insgesamt gab es aber rund 20.000 Menschen, die im Ausland geboren wurden. Es ist davon auszugehen, dass **in Innsbruck etwa 5.300 MigrantInnen – jeder vierte - armutsgefährdet** sind. Mit anderen Worten: **ein Drittel der Armutsgefährdeten in Innsbruck sind MigrantInnen.**

2.2 Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse

Die zweite große Gruppe der Erwerbseinkommen sind die Selbständigeneinkommen und Bruttobetriebsüberschüsse: es sind die Einkommen von Selbständigen und Unternehmen nach Abzug der Arbeitnehmerentgelte, Abschreibungen und Produktionsabgaben (wie Umsatz- und Verbrauchssteuern), aber noch vor Gewinnsteuern.

Selbständigeneinkommen

Selbständige erzielen ihr Einkommen in der Regel durch Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit im Rahmen eines Gewerbebetriebes, einer Land- bzw. Forstwirtschaft oder aus anderer selbständiger Tätigkeit (Werkvertrag, freie DienstnehmerInnen u.ä.m.), die mitunter auch neben einer unselbständigen Beschäftigung erfolgt. Ihre Einkommen sind häufig eine Mischung aus Arbeitseinkommen, Einkünften aus Kapitalvermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung und somit weit schwerer erfassbar als etwa die Entgelte der ArbeitnehmerInnen.¹⁸

¹⁷ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2003 bzw. 2004

¹⁸ Rechnungshof: Einkommensbericht 2002, S.6 und 15

Die Einkommensteuerstatistik wies zuletzt (2002) für Innsbruck 17.599 Einkommensteuerpflichtige aus. Von diesen waren aber lediglich 5.897 insoweit „selbständig“, als sie keine weiteren Einkünfte auch aus unselbständiger Erwerbstätigkeit hatten. Von diesen Selbständigen hatten 3.662 (bzw. 62,1 %) Einkünfte, aufgrund derer eine Steuerzahlung entstand, 2.235 (37,9 %) waren „Nullfälle“, hatten also aufgrund des geringen Einkommens, das nach Geltendmachung von Ausgaben blieb, kein zu versteuerndes Einkommen. Die Armutsgefährdungsquote von Selbständigen liegt in Österreich mit 14 % etwas über dem Durchschnitt.

Selbständig Erwerbstätige in Tirol 2002 ¹⁹

	Fälle insg.	Null- fälle	Steuer- fälle	davon Selb- ständige	davon Gewerbe- betriebe	davon Vermietung und Verpachtung	Steuer- fälle: Einkünfte in Mio. €	Je Fall in €
Innsbruck- Stadt	17.599	3.974	13.625	4.705	4.205	5.002	589,175	43.242
Innsbruck- Land	16.091	4.184	11.907	2.716	4.674	4.511	481,311	40.423
TIROL	81.308	22.429	58.879	12.581	23.734	21.749	2.222,976	37.755

„Kommen die rein selbständig Tätigen über eine Nullfall-Position hinaus, dann erzielen sie deutlich höhere Einkommen als unselbständig Erwerbstätige“, stellt auch der Sozialbericht 2001/2002 fest.

²⁰ **Rein selbständig Tätige hatten in Innsbruck zuletzt (2002) jährliche Einkünfte von durchschnittlich 33.953 Euro.** Die Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb betragen in Innsbruck durchschnittlich 24.696 Euro. Immerhin 557 Personen hatten durchschnittliche Kapitaleinkommen von 7.009 Euro jährlich. Und 5.002 Personen hatten in Innsbruck Einkommen aus Vermietung und Verpachtung von durchschnittlich 8.808 Euro pro Jahr. Die Einkommen der Selbständigen lagen damit etwas (2 %) über dem Landesdurchschnitt, die Einkommen aus einem Gewerbebetrieb dagegen deutlich (um 30 %) unter dem Landesdurchschnitt. Die Einkommen aus Kapitalvermögen lagen um 16 % unter, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung um 40 % über dem Landesdurchschnitt.

Dies hängt auch damit zusammen, dass in der Landeshauptstadt überdurchschnittlich viele Selbständige vertreten sind, die höheren Einkommensgruppen angehören: Bestverdiener unter den Selbständigen sind die Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften, wobei hier bewusst von der geschlechtsneutralen Schreibweise abgewichen wird, zumal dies sehr männerdominierte Berufsgruppen sind. Praktische Ärzte verdienen im Durchschnitt in Österreich 1 ½ so viel als ihre weiblichen Kolleginnen, Fachärzte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater im Durchschnitt doppelt so viel.

Betriebsüberschüsse (Gewinne)

Neben den Einkommen der Selbständigen, die durch die Einkommensteuerstatistik erfasst werden können, werden die Einkommen der Betriebe (der Kapitalgesellschaften – also Aktiengesellschaften oder GmbHs), die Betriebsüberschüsse, durch die Körperschaftssteuerstatistik erfasst.

Die Körperschaftssteuerstatistik wies zuletzt (2001) für die Region Innsbruck (Stadt und Land) 3.179 Unternehmen aus. Das waren 44 % aller Tiroler Unternehmen. Diese vereinigten 45 % aller Gewinne auf sich, aber auch 63 % aller Verluste. 1.830 (knapp 58 %) wiesen einen Gewinn von durchschnittlich mehr als 227.000 Euro aus, was etwa 8 % über dem Landesdurchschnitt (über 211.000 Euro), aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (fast 301.000 Euro) lag. Für ihre Gewinne zahlten die Unternehmen im Raum 71.540 Euro an Körperschaftssteuer, was mehr als der Landesschnitt (66.740 Euro), aber weniger als der Bundesschnitt (83.936 Euro) war.

¹⁹ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002

²⁰ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.23

1.349 Unternehmen im Raum Innsbruck waren sogenannte „Nullfälle“, die gegenüber dem Finanzamt keine Gewinne, sondern kleinere oder größere Verluste auswiesen und daher lediglich an Mindestkörperschaftsteuer zusammen 1,6 Mio. Euro zahlten.

Nur 264 (8 %) aller 3.179 Unternehmen im Raum Innsbruck machten in diesem Jahr einen Bildungsfreibetrag geltend, nur 175 (5 %) einen Lehrlingsfreibetrag, nur 153 Unternehmen (5 %) einen Investitionsfreibetrag und gar nur 16 (0,5 %) einen Forschungsfreibetrag, was auf eine nicht sehr ausgeprägte Investitions-, Forschungs-, Lehrausbildungs- und Mitarbeiterfortbildung der Innsbrucker Unternehmen schließen lässt.

Unternehmen in Tirol: Gewinne und Verluste in den Jahren 2000 und 2001 ²¹

Region	Steuerfälle		Steuerpflichtiger Gewinn in Mio. €		Körperschaftsteuer in Mio. €		Nullfälle		Verluste in Mio. €	
	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001	2000	2001
Innsbruck	1.265	1.830	430,64	416,73	139,56	130,92	1.828	1.349	-175,45	-218,13
TIROL	3.048	4.368	893,03	922,66	291,25	291,52	3.983	2.877	-260,61	-347,25

Entwicklungstendenzen

Die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse stiegen in Österreich insgesamt von 17,1 Mrd. Euro im Jahr 1976 auf 90,55 Mrd. Euro im Jahr 2004. Allein 2004 betrug der Zuwachs (gegenüber 2003) trotz schwacher Wirtschaft plus 4,98 Mrd. Euro bzw. plus 5,8 %. ²² Die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse haben sich seit 1976 damit nominell verfünffacht, während sich die Arbeitnehmerentgelte nominell nur vervierfacht haben. Der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse am Bruttonationaleinkommen ist im Gegensatz zu den ArbeitnehmerInnenentgelten kontinuierlich - mit nur geringen Unterbrechungen – gestiegen. Der Sozialbericht 2001/2002 rechnete damit, dass in den kommenden Jahren *„ein noch stärkerer Zuwachs als bei den Arbeitnehmer/innenentgelten zu erwarten“* ist, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestätigt werden kann. Österreichs Unternehmen verzeichnen Rekordgewinne, die Wiener Börse Rekordkurse.

2.3 Vermögenseinkommen

Die Entwicklung der Erwerbseinkommen wird allerdings in den Schatten gestellt durch jene der Vermögenseinkommen. Vermögenseinkommen ist nach der Definition der Statistik Austria *„das Einkommen, das [jemand] dafür erhält, dass er einer anderen institutionellen Einheit finanzielle Mittel oder nichtproduziertes Sachvermögen [i.w. Land] zur Verfügung stellt“*. Im Einzelnen sind das Zinsen, Gewinnausschüttungen, Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen und re-investierte Gewinne im Rahmen von Direktinvestitionen. Makroökonomisch gesehen werden auf den Vermögensmärkten keine Einkommen geschaffen, sondern lediglich umverteilt, wenn etwa aus bisherigen Arbeitnehmereinkommen durch „Personalabbau“ höhere Unternehmensgewinne und Dividenden für die Eigentümer werden. Denn jedes Einkommen auf den Finanzmärkten muss erst durch Arbeit und Kapitaleinsatz geschaffen werden. Die Vermögenseinkommen haben sich nach einer Studie des WIFO in Österreich von 1964 bis 1997 verdreißigfacht! ²³

Die Statistik Austria bezifferte die Vermögenseinkommen in Österreich 1998 auf 59,871 Mrd. Euro, womit sie schon so hoch waren wie sämtliche Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zusammen. Davon entfiel die Hälfte - 29,8 Mrd. Euro – auf finanzielle Kapitalgesellschaften (also im Wesentlichen die Finanzwirtschaft), 7,2 Mrd. Euro auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (die Wirtschaft) und 20,5 Mrd. Euro auf die Privaten und Selbständigen. 10,3 Mrd. Euro Vermögensein-

²¹ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2000

²² Wifo und Statistik Austria

²³ Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 9/2005, S. 625

kommen flossen 1998 ans Ausland. Zinsen machten mit 36,9 Mrd. Euro fast zwei Drittel der gesamten Vermögenseinkommen aus. Es folgten Gewinnausschüttungen und -entnahmen mit knapp 20 Mrd. Euro sowie Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen mit 2,5 Mrd. Euro.

Zinseinkünfte

Zieht man die Einkommensteuerstatistik heran, so weist diese für Innsbruck zuletzt (2002) 3,9 Mio. Euro Kapitaleinkommen aus. Das sind Kapitaleinkommen, die nicht etwa auf Sparbüchern durch die Kapitalertragsteuer endbesteuert wurden. Geht man davon aus, dass sich das Sparverhalten in Innsbruck nicht wesentlich vom gesamtösterreichischen unterscheidet, so sind im Jahr 2004 in Innsbruck mehr als 19 Mio. Euro Zinsen von Sparguthaben angefallen. Die Körperschaftssteuerstatistik wies zuletzt (2001) außerdem eine Eigenkapitalzuwachsverzinsung der Innsbrucker Unternehmen von 6,3 Mio. Euro aus. **Die Zinseinkünfte betragen in Innsbruck damit zumindest rund 30 Mio. Euro pro Jahr.**

Vermietung und Verpachtung

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, die durch Sachvermögen in Form von Grund und Boden, Wohnungen, Büros und Geschäftsflächen sowie deren Vermietung und Verpachtung entstehen, sind sowohl Vermögenseinkommen wie auch Erwerbseinkommen.

In Tirol gab es laut Häuser- und Wohnungszählung 2001 81.329 Mietwohnungen mit einem - laut Mikrozensus 2003 - durchschnittlichen monatlichen Wohnungsaufwand von 362 Euro. Davon waren 34.664 im Besitz von Bund, Land, Gemeinden oder gemeinnützigen Bauvereinigungen. Daraus ergab sich aus den etwa 46.665 Miet- und Untermietwohnungen anderer Eigentümer für diese ein reiner Mietertrag von etwa 101,3 Mio. Euro jährlich.

Geht man davon aus, dass in Innsbruck etwa 11.000 vermietete Eigentumswohnungen sowie weitere rund 10.000 Mietwohnungen privater Eigentümer bestehen, so kann für Innsbruck ein jährlicher reiner Mietertrag von 45 Mio. Euro angenommen werden.

In Tirol gab es 2001 außerdem 28.009 Nichtwohngebäude (Hotels, Bürogebäude, Werkstätten-, Industrie-, Lager- und Handelsgebäude, öffentliche und sonstige Gebäude). Einem gewerblichen Zweck dienten 69,5 % (oder knapp 19.500 der Gebäude). Unter Heranziehung der Bewertungskriterien aus unserem „*Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich*“ ergibt sich für die 2.257 Nichtwohngebäude in Innsbruck ein reiner Mietertrag von zumindest 15 Mio. Euro jährlich.

Die Vermietung und Verpachtung von Wohnungen und Geschäftsflächen erbringt in Innsbruck also zumindest 60 Mio. Euro reinen Mietertrag pro Jahr.

Tatsächlich wies die Einkommensteuerstatistik zuletzt (2002) in Innsbruck allein von 5.002 Einzelpersonen – also vermietende Körperschaften nicht eingerechnet - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 44 Mio. Euro aus.

2.4 Einkünfte aus umverteiltem Einkommen

Die letzte wichtige Einkommenskategorie, die hier dargestellt wird, sind die „Einkünfte aus umverteiltem Einkommen“. Ihre Grundlage sind Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die in Sozial- und Sozialversicherungsleistungen umgewandelt werden. Diese Leistungen reichen von Pensionen, Unfallrenten, Pflegegeld, Familienleistungen, Arbeitslosenunterstützungen bis hin zu den Wohnbeihilfen und Krankengeldern.

Der Großteil der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen in Österreich sind Pensionen und Leistungen für Hinterbliebene, Leistungen bei Invalidität wie Invaliditäts- und vorzeitige Alterspensionen, Pflegegeld, Unfallversicherung und Sachleistungen der Gebietskörperschaften, weiters Familienleistungen wie Familienbeihilfe, steuerliche Absetzbeträge, Wochen- und Kinderbetreuungsgeld und öffentliche Ausgaben für die Kinderbetreuung und schließlich Leistungen bei Arbeitslosigkeit wie Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Leistungen im Krankheitsfall machen ebenfalls einen hohen Anteil aus und bestehen vor allem aus dem Krankengeld. Auch private Versicherungsleistungen fallen unter die Kategorie umverteiltes Einkommen.

Im Jahr 2003 betragen sämtliche Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich 66,9 Mrd. Euro oder 29,5 % gemessen am BIP („Sozialquote“). Das heißt: die „Sozialquote“ ist in Österreich bis 1994 auf 28,9 % stark gestiegen und seither in etwa gleichgeblieben. Allerdings „auf Grund von Änderungen bei der Berechnung der Sozialausgaben und des BIP“ – wie es im Sozialbericht 2003/2004 heißt. Denn nach den bisherigen Berechnungsmethoden war ein deutlicher Rückgang seit 1999 zu verzeichnen. Der Anstieg auf über 29 % im Jahr 2003 erklärt sich durch gestiegene Aufwendungen für die Arbeitslosen bei gleichzeitig schwachem Anstieg der Messgröße, des BIP. Dies wird auch im Sozialbericht bestätigt: „Seit 2000 gibt es aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit ein starkes Wachstum der Ausgaben für das Arbeitslosengeld.“²⁴ Innerhalb der Sozialausgaben stiegen in Österreich in den Jahren 2000 bis 2003 die Aufwendungen für Invalidität um 7 %, für die Gesundheit um 10 %, für die Pensionen um 12 %, für Familien um 14 %, für die Arbeitslosigkeit aber um 35 %.²⁵ Das Argument vom „überbordenden Sozialstaat“, bei dem gespart werden müsse, ist damit entkräftet.

Veränderte Darstellungen ändern zudem nichts an der Realität: Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen stieg in Österreich – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11 % im Jahr 1999 auf 12 % im Jahr 2001 und auf 13,2 % im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte laut Statistik Austria mit 13,0 % bzw. 1,030 Mio. Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“.²⁶ Die Zunahme armutsgefährdeter Menschen betrug damit gegenüber 1999 rund 160.000 Menschen bzw. mehr als 30.000 Menschen pro Jahr. Als armutsgefährdet galten zuletzt (2004) Personen in Österreich, wenn 60 % des Medianeinkommens bzw. folgende Einkommen („Armutsgefährdungsschwellen“) nicht erreicht wurden:

Armutsgefährdungsschwellen nach Haushaltszusammensetzung im Jahr 2004²⁷

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro		Monatswert netto in Euro		Jahreswert durch 14
	2003	2004	2003	2004	
Einpersonenhaushalt	9.425	10.182	785	848	727
1 Erwachsener und 1 Kind	12.252	13.236	1.021	1.103	945
2 Erwachsene	14.137	15.273	1.178	1.273	1.091
2 Erwachsene und 1 Kind	16.965	18.327	1.414	1.527	1.309
2 Erwachsene und 2 Kinder	19.792	21.382	1.649	1.782	1.527
2 Erwachsene und 3 Kinder	22.260	24.436	1.885	2.036	1.745

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Von akuter Armut wird gesprochen, wenn auch keine angemessene Wohnung (etwa ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, Einschränkungen bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 467.000 Menschen in Österreich zeigte sich laut Sozialbericht 2003/2004 eine „verfestigte Armutslage“, sprich dauerhafte Armut, aus der es kaum ein Herauskommen gibt.

Der Bericht „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2003“ der Statistik Austria aus dem Jänner 2005 stellt wörtlich fest: „**Überdurchschnittliche Armutsgefährdung** gibt es in den Ballungszentren Österreichs – in der Bundeshauptstadt Wien und den Landeshauptstädten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck.“²⁸ Auch der Sozialbericht 2003-2004 weist auf die „überdurchschnittliche Armutsgefährdung“ in den Ballungszentren Österreichs hin, wobei ebenfalls Innsbruck genannt wird.²⁹ Überdurchschnittlich hoch (14 %) ist die Armutsgefährdung aber auch in Städten ab 10.000 EinwohnerInnen geworden.

²⁴ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S. 191

²⁵ vgl. Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 08, S. 212

²⁶ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.13

²⁷ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.31

²⁸ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2003, Wien, Jänner 2005, S.25

²⁹ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S. 213

Der Bericht „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004“ der Statistik Austria gibt erstmals bundesländerweise Armutsquoten an. Danach waren 2004 in Tirol 11 % der Bevölkerung oder 72.000 Menschen armutsgefährdet, wobei ausdrücklich auf die hohe statistische Schwankungsbreite (zwischen 7,2 und 14,8 %) hingewiesen wird.³⁰ Damit wäre die Armutsgefährdung in Tirol die zweitniedrigste aller Bundesländer. In den Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen (und gemeint sind damit ausdrücklich Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg) ist sie allerdings von 13,3 auf 14 % gestiegen. Legt man dies zugrunde, dann bedeutet das **dass in Innsbruck im Jahr 2004 mehr als 16.200 Menschen armutsgefährdet waren**, um 800 mehr als im Jahr davor. **Etwa 9.300 InnsbruckerInnen lebten in verfestigter Armut.**

Aus finanziellen Gründen können sich beispielsweise über 16.000 InnsbruckerInnen kein Internet leisten, 30.100 keinen Urlaub, 26.600 keine unerwarteten Ausgaben von mehr als 500 Euro, 15.000 keine neuen Kleider, 9.300 müssen sich beim Essen einschränken und etwa 3.500 InnsbruckerInnen haben aus finanziellen Gründen Probleme, die Wohnung warm zu halten. Rund 15.000 InnsbruckerInnen leben in überbelegten Wohnungen, weil sie sich keine größere leisten können. Für nicht weniger als 21.000 InnsbruckerInnen stellen die Wohnkosten eine „starke Belastung“ dar.³¹

Durchschnittlich 36 % des Einkommens eines österreichischen Privathaushaltes stammen aus sozialen Direktleistungen der öffentlichen Hand.³² Bei Haushalten mit sehr niedrigem Lebensstandard (ohne Pensionistenhaushalte) machen Sozialleistungen – je nach Zahl der Kinder – zwischen 31 und 57 % des Haushaltseinkommens aus. „In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand 60 % des Gesamteinkommens aus.“³³ Etwa 700.000 Haushalte bzw. 1 Mio. Menschen in Österreich sind ausschließlich auf Pensionen und Sozialleistungen als Einkommen angewiesen. „Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 13 % der Bevölkerung 42 % armutsgefährdet“, stellte der Sozialbericht 2003/2004 unmissverständlich klar.³⁴ Im Bericht „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004“ der Statistik Austria werden diese Werte bereits mit 14 bzw. 47 % angegeben. **Ohne Sozialleistungen** wäre die Armutsgefährdung in Großstädten wie Innsbruck etwa doppelt so hoch (27 %) bzw. **mehr als 31.000 Menschen wären in Innsbruck armutsgefährdet**. Ohne Pensionen wären sogar 47 % der Innsbrucker (54.400 Menschen) armutsgefährdet.³⁵

Unter dem Motto „Lohnnebenkostensenkung“, „Entlastung der Wirtschaft“, „Steuersenkung“, „Krankenkassenreform“ und „Pensionsreform“ liefen und laufen in Österreich derzeit Maßnahmen, die auf eine Senkung der Steuern und Abgaben und somit auch auf eine daraus folgende Senkung der Einkünfte aus umverteiltem Einkommen hinauslaufen. In mehreren Schritten wurden in den letzten Jahren die Beiträge der ArbeitgeberInnen zur Arbeitslosen-, Unfall- und Insolvenzversicherung gesenkt, es wurden das Arbeitslosengeld, die Bezugsdauer für Krankengeld und die Invaliditätspensionen gekürzt, es wurden die Unfallrenten besteuert, Ambulanzgebühren zeitweilig eingeführt und Selbstbehalte für gesundheitliche Leistungen erhöht, es wurden seit dem Jahr 2000 die Pensionen nur mehr unter der Inflationsrate angepasst, es trat 2004 eine Pensionsreform in Kraft, welche die Pensionen – nach Angaben der Bundesregierung – um bis zu 10 % kürzen soll. Im Regierungsprogramm vom März 2003 ist auch die Abschaffung der Notstandshilfe bzw. die Überantwortung dieser Aufgabe an die Bundesländer vorgesehen. Im Gegenzug wurde das Karenzgeld in ein Kinderbetreuungsgeld umgewandelt, die Bezugsdauer um ein halbes Jahr und auch der Bezieherkreis erweitert. Dass die Armutsgefährdung in diesen Jahren deutlich gestiegen ist, darauf wurde bereits hingewiesen.

Selbst ein mittlerer Lebensstandard ist heute in der Regel nur mehr mit zwei Einkommen erreichbar. Chancen auf solche Einkommen bieten allerdings nur rund 20 % aller Arbeitsplätze.³⁶ Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit wirkt dem entgegen. Die bereits angesprochene Zunahme von

³⁰ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.29

³¹ vgl. Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.109 und 110

³² Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

³³ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

³⁴ Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.224

³⁵ vgl. Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S. 127

³⁶ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.38 und 40

Erwerbsverhältnissen mit geringeren Einkommen führt immer häufiger dazu, dass trotz Erwerbstätigkeit und trotz Mehrfachverdienst Haushalte in Österreich nur einen niedrigen oder sehr niedrigen Lebensstandard haben und ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze haben (= „**working poor**“).³⁷ Aktuell fallen 253.000 Menschen in Österreich in diese Gruppe der „working poor“. Das sind 8 % der Erwerbstätigen im Erwerbsalter.³⁸ Das wären **in Innsbruck etwa 4.400 Menschen**.

Auch bei den Einkünften aus umverteiltem Einkommen bekommen Frauen weniger als Männer. Die niedrigeren Erwerbseinkommen der Frauen finden ihre Fortsetzung in niedrigeren Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen und Sozialleistungen. Die mittleren Arbeitslosen- und Notstandshilfebezüge liegen in Österreich bei den Frauen um ein Viertel unter denen der Männer. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen im Erwerbsleben verstärken sich in der Pension noch um ein weiteres Stück. Frauen sind daher von Armut und Armutsgefährdung auch stärker betroffen als Männer: 14 % der Frauen, aber nur 11 % der Männer waren laut Statistik Austria im Jahr 2004 armutsgefährdet oder arm.³⁹

Pensionen

2003 wurden in Tirol 130.669 Pensionen ausbezahlt. Die durchschnittliche Jahrespension eines Tiroler Pensionisten betrug 2003 jährlich netto 13.915 Euro. Das waren um 321 Euro oder 2,3 % weniger als der Österreich-Durchschnitt. Betrachtet nach Bezirken zeigt sich, dass **die höchsten Pensionen in Innsbruck bezahlt** wurden. Dies hängt zusammen mit den höheren Erwerbseinkommen in Innsbruck.

Nettopensionen in Tirol jährlich und monatlich nach Geschlecht und Bezirken 2003⁴⁰

	Pensionen insgesamt	jährliche Pension in Euro	Männer jährlich in Euro	Frauen jährlich in Euro	Differenz Männer/Frauen in %
Innsbruck Stadt	27.769	16.020	20.072	13.159	+52,5
Innsbruck Land	28.893	14.517	18.161	11.040	+64,5
TIROL	130.669	13.915	17.243	10.984	+57,0

Die Einkommensunterschiede aus dem Erwerbsleben zwischen Männern und Frauen setzen sich in der Pension fort. Ein Innsbrucker Pensionist hatte im Jahr 2003 im Durchschnitt eine um 52 % (oder monatlich 494 Euro) höhere Nettopension als eine Innsbrucker Pensionistin.

Tirol verzeichnete Ende 2004 20.133 AusgleichszulagenbezieherInnen, also Menschen, deren Eigenpension so gering war, dass sie durch Ausgleichszulagen auf 653,19 Euro monatlich für Alleinstehende bzw. 1.015,- Euro für Ehepaare angehoben werden mussten. Die 20.133 Tiroler AusgleichsrentnerInnen lebten damit allesamt unter der Armutsgefährdungsgrenze. Mit 16 % gemessen an der Zahl der Pensionen war die Zahl der AusgleichszulagenbezieherInnen in Tirol die dritthöchste aller Bundesländer nach Kärnten und der Steiermark. Und mit durchschnittlich 268 Euro monatlich war die Ausgleichszulage in Tirol so hoch wie in keinem anderen Bundesland.⁴¹ Es kann angenommen werden, dass **in Innsbruck etwa 3.400 AusgleichszulagenbezieherInnen** lebten. Und sie alle lebten und leben unter der Armutsgefährdungsgrenze. Zieht man die durchschnittliche Armutsgefährdung von Pensionistenhaushalten in Österreich heran, so muss angenommen werden, dass insgesamt **etwa 4.200 (oder 16 %) der rund 25.500 Innsbrucker PensionistInnen armutsgefährdet** sind.

Generell ist der Anteil der PensionistInnen an der Gesamtbevölkerung in den Landeshauptstädten Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg mit 22 % am höchsten.

³⁷ Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.28 f.

³⁸ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien, März 2006, S.13

³⁹ Statistik Austria: „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien 2006, S.100

⁴⁰ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

⁴¹ Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Pflegegeld

Menschen, die aufgrund des Alters, einer Krankheit oder Behinderung dauernden Pflegebedarf haben, werden in Österreich durch ein sehr differenziertes, abgestuftes Netz an Pflegedienstleistungen und Pflegeeinrichtungen betreut.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. Senioren- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert. Diese haben im Jahr 2003 zusammen 976 Mio. Euro für Senioren- und Pflegeheime aufgewendet und über 282 Mio. Euro für Soziale Dienste.⁴² Darüber hinaus gaben die Länder noch 277 Mio. Euro an Landespflegegeldern aus für jene Personen, die keinen Pensionsanspruch haben. Dadurch sollen sich die beiden Systeme ergänzen.

Die wichtigste finanzielle Direktleistung an Pflegebedürftige in Österreich wurde 1993 mit dem Pflegegeld des Bundes geschaffen, das den „Zukauf“ von Pflegedienstleistungen ermöglichen soll. Abhängig vom Pflegebedarf wird es in verschiedenen Höhen gewährt. In Tirol erhielten im Jahr 2003 20.225 Menschen das Pflegegeld des Bundes. Mit 3 % der Bevölkerung waren dies weniger als im Bundesschnitt (3,7 %). Die Hälfte von ihnen (50 %) war in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Die andere Hälfte fiel in eine höhere Pflegestufe 3 bis 7. Tirol wies einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Menschen mit höherem Pflegebedarf auf. Für diese wurden in Tirol im Jahr 2003 etwa 79,6 Mio. Euro (74 %) der Pflegegelder aufgewendet.

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Tirol im Jahr 2003 3.737 Menschen Landespflegegeld. Dafür wurde ein Betrag von 20,15 Mio. Euro aufgewendet. Mit 5 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, der Landespflegegeld bezog, ebenfalls und in diesem Fall sogar deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (von 7 pro 1000). 2004 gab es bereits 4.341 BezieherInnen von Landespflegegeld (plus 20,7 % innerhalb von zwei Jahren). 1.741 Personen (46,6 %) befanden sich im Jahr 2003 in Tirol in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, 1.995 Personen (53,4 %) in den höheren Pflegestufen 3 bis 7. 1,700 Mio. (8,4 %) der 20,146 Mio. Euro Landespflegegeld wurden im Jahr 2003 für die beiden niedrigsten Pflegestufen (1 und 2) aufgewendet, 91,6 % der Landesmittel für die höheren Pflegestufen.⁴³

Es kann angenommen werden, dass **in Innsbruck mehr als 4.000 Menschen Pflegegeld** beziehen. Knapp die Hälfte von ihnen ist in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2. Zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung 2001 lebten in Innsbruck knapp 5.500 Menschen, die 80 und mehr Jahre alt waren und somit in einem Alter, in dem in der Regel höherer Pflegebedarf entsteht.

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe

In Tirol waren im Jahr 2005 18.992 Menschen arbeitslos. Tatsächlich war aber eine viel höhere Zahl zeitweise von Arbeitslosigkeit betroffen: 2004 gab es in Tirol beim Arbeitsmarktservice 87.171 „Zugänge“ arbeitsloser Personen, aber auch wieder 88.975 „Abgänge“.⁴⁴ Im ersten Halbjahr 2005 wurden 42.701 Zu- und 47.913 Abgänge verzeichnet, was einem Plus von etwa 5 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entsprach.⁴⁵

2005 bezogen im Bereich der Regionalgeschäftsstelle Innsbruck 3.618 Menschen Arbeitslosengeld (plus 146 ggü. 2004) und 1.383 Menschen Notstandshilfe (plus 130 ggü. 2004).

Nach Angaben des AMS war die durchschnittliche Leistungshöhe (Tagsatz) beim Arbeitslosengeld im Bereich der Regionalgeschäftsstelle Innsbruck 23,56 Euro täglich und damit deutlich UNTER jener Schwelle, ab der Armutsgefährdung beginnt. Das heißt: **Wer in Innsbruck arbeitslos wird, hat ein hohes Risiko armutsgefährdet zu sein.**

⁴² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 08, S. 223

⁴³ Sozialministerium: Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2003

⁴⁴ AMS „Die Arbeitsmarktlage im Jahr 2004“

⁴⁵ AMS Tirol: Halbjahresbericht 2005, S. 7

Durchschnittliche Leistungshöhe (Tagsatz) beim Arbeitslosengeld in Tirol 2004 ⁴⁶

Regionalgeschäftsstelle	Frauen	Männer	Gesamt
Innsbruck	20,88	25,47	23,56
TIROL	20,79	26,21	23,79
ÖSTERREICH	20,59	25,66	23,62

Noch wesentlich geringer ist die durchschnittliche Leistungshöhe (Tagsatz) bei der Notstandshilfe. Sie betrug in Innsbruck 2004 18,63 Euro (20,19 Euro bei Männern und 16,22 Euro bei Frauen). Das heißt, **NotstandshilfebezieherInnen sind in hohem Maß armutsgefährdet**.

Durchschnittliche Leistungshöhe (Tagsatz) der Notstandshilfe in Tirol 2004 ⁴⁷

Regionalgeschäftsstelle	Frauen	Männer	Gesamt
Innsbruck	16,22	20,19	18,63
TIROL	15,54	20,18	18,04
ÖSTERREICH	16,03	20,42	18,62

Krankengeld

Das Krankengeld zählt zu den wichtigsten Einkünften aus umverteiltem Einkommen. Ab dem 4. Tag einer Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit erhalten sozialversicherte ArbeitnehmerInnen von ihrer Krankenkasse das Krankengeld, sofern kein gesetzlicher Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht. Die knapp 238.000 Tiroler Arbeiter und Angestellten (ohne öffentlichen Dienst) waren 2004 etwas mehr als 2,7 Millionen Tage im Krankenstand. Laut Tiroler Gebietskrankenkasse waren die Beschäftigten damit im Schnitt nur 11,37 Tage krankgemeldet, was einem weiteren Rückgang gegenüber 2002 und 2003 entsprach. ⁴⁸

Familienleistungen

Einkünfte aus umverteiltem Einkommen sind auch die Familienleistungen. Sie kommen zum überwiegenden Teil aus dem Familienlastenausgleichsfonds oder in Form von steuerlichen Nachlässen, nur zu einem geringen Teil von den Ländern oder Gemeinden. Nachfolgende Leistungen gelten bundesweit in gleicher Weise und daher auch für Innsbrucker Familien:

Schon während der Schwangerschaft, acht Wochen vor der Geburt, und bis zu acht Wochen nach der Geburt wird unselbständig und selbständig erwerbstätigen Frauen Wochengeld und allenfalls auch eine Betriebshilfe gewährt, um einen Einkommensverlust auszugleichen. Das Wochengeld gebührt in der Höhe des durchschnittlichen täglichen Netto-Arbeitsdienstes der letzten drei Kalendermonate. Selbständige haben Anspruch auf Beschäftigung einer Betriebshilfe. Wenn eine solche die bereitgestellt werden kann, besteht ein Anspruch auf Wochengeld von 22,71 Euro pro Tag (2002).

Unabhängig von Beschäftigung oder Einkommen haben Eltern, die einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, Anspruch auf Familienbeihilfe für bei ihnen haushaltszugehörige Kinder bzw. für Kinder, denen sie überwiegend Unterhalt leisten. Die Familienbeihilfe wird aus dem Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Vorrangig anspruchsberechtigt ist dabei die Mutter. Die Familienbeihilfebeträge sind seit 1.1.2003 105,40 Euro ab der Geburt des Kindes, 112,70 Euro ab einem Alter von 3 Jahren, 130,90 Euro ab 10 Jahren und 152,70 Euro ab einem Alter von 19 Jahren. Für ein erheblich behindertes Kind gibt es einen Zuschlag von 138,30 Euro. Wird für zwei Kinder die Familienbeihilfe bezogen, erhöht sich der Gesamtbetrag um monatlich 12,80 Euro, ab dem dritten Kind um monatlich 25,50 Euro. Die Familienbeihilfe ist beim Finanzamt zu beantragen. Ebenso der Mehrkindzuschlag: Unterschreitet das zu versteuernde Einkommen eine gewisse

⁴⁶ AMS Tirol

⁴⁷ AMS Tirol

⁴⁸ Tiroler Tageszeitung, 30.3.2005

Grenze, so kann für jedes dritte und weitere Kind ein Mehrkindzuschlag von 36,40 Euro monatlich beantragt werden.

Anstelle des Karenzgeldes gibt es seit dem Jahr 2002 das Kinderbetreuungsgeld, das aus dem Familienlastenausgleichsfonds bezahlt wird. Es wird bis zum 30. oder 36. Lebensmonat des Kindes ausbezahlt, beträgt 14,53 Euro pro Tag, also durchschnittlich 436 Euro monatlich. Bezieht es nur ein Elternteil, gebührt es 30 Monate. Bezieht es dann auch der zweite Elternteil, gebührt es weitere 6 Monate. Neben dem Kinderbetreuungsgeld ist ein Zuverdienst von 14.600 Euro brutto pro Jahr erlaubt. Einen Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld in der Höhe von 6,06 Euro täglich erhalten Paare mit einem geringen Einkommen. In Tirol gab es Ende 2004 15.606 BezieherInnen von Kindergeld. Kinderbetreuung ist in Tirol nach wie vor überwiegend Frauensache: 97,9 % der BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld waren Frauen, nur 2,1 % Männer.

Aus dem Familienlastenausgleichsfonds werden auch SchülerInnen-Beihilfen bezahlt: Anspruch auf Schul-, Heim- und Fahrtkostenbeihilfe haben SchülerInnen ab der 9. Schulstufe. Voraussetzungen sind soziale Bedürftigkeit, guter Schulerfolg, für die Heimbeihilfe auch ein Schulbesuch weit außerhalb des Wohnortes. Die Schulbeihilfe beträgt 982 Euro, die Heimbeihilfe 1.200 Euro, die Fahrtkostenbeihilfe 88 Euro. Auch das verbilligte Schulbuch ist eine für Familien wichtige Entlastung. Einmalige Zuwendungen gibt es aus dem Familienhärteausgleich beim Sozialministerium. Deren Höhe ist von Fall zu Fall unterschiedlich und es besteht kein Rechtsanspruch.

Für Studierende gibt es Stipendien aus der allgemeinen Studienförderung des Bundes in Höhe von max. 5.088 Euro (Studium am Wohnort) oder max. 7.272 Euro (Studium entfernt vom Wohnort) unter bestimmten Einkommensgrenzen bzw. bei vorhandenem Studienerfolg. Eine erhöhte Studienbeihilfe gibt es für studierende Mütter.

An steuerlichen Unterstützungen gibt es für Familien den Kinderabsetzbetrag. Er steht jedem Steuerpflichtigen zu, dem Familienbeihilfe gewährt wird. Er beträgt 50,90 Euro monatlich. Er wird auch im Fall geringer oder keiner Steuerleistung ausbezahlt. Wichtig sind außerdem der Alleinerzieherabsetzbetrag sowie der Alleinerhalterabsetzbetrag. Der Alleinerzieherabsetzbetrag in Höhe von 364 Euro pro Jahr steht Steuerpflichtigen zu, die mehr als 6 Monate im Jahr nicht in einer Ehe- oder Lebensgemeinschaft leben und denen während dieses Zeitraumes ein Kinderabsetzbetrag zusteht. Dazu gibt es noch einen gestaffelten Kinderzuschlag von 130 Euro für das erste Kind, 175 Euro für das zweite und 220 Euro für jedes weitere Kind pro Jahr. Ist das zu versteuernde Einkommen so niedrig, dass sich der Absetzbetrag nicht auswirkt, kommt es zu einer Gutschrift in Höhe des Absetzbetrages und Kinderzuschlages („Negativsteuer“). Der Alleinverdienerabsetzbetrag beträgt ebenfalls 364 Euro jährlich und steht einem Steuerpflichtigen zu, der mehr als 6 Monate verheiratet und nicht dauernd getrennt ist, mindestens ein Kind hat, für das Familienbeihilfe bezogen wird. Und der Ehepartner darf nur Einkünfte von höchstens 6.000 Euro im Jahr beziehen. Auch zum Alleinverdienerabsetzbetrag gibt es den Kinderzuschlag. Wer für ein nicht haushaltszugehöriges Kind nachweislich gesetzlichen Unterhalt zahlt, hat Anspruch auf den Unterhaltsabsetzbetrag von 25,50 Euro für das erste Kind, 38,30 Euro für das zweite und 50,90 Euro für das dritte und jedes weitere Kind. Im Rahmen der Sonderausgaben verdoppelt sich der jährliche Betrag, den Alleinverdienern und Alleinerziehern geltend machen können (um 2.920 Euro auf 5.840 Euro), und bei mindestens drei Kindern noch einmal um 1.460 Euro. Schließlich können auch außergewöhnliche Belastungen steuermindernd wirken, etwa Krankheitskosten, die Aufwendungen für eine auswärtige Berufsausbildung eines Kindes (Pauschalbetrag von 110 Euro pro Monat) oder Kosten für die Kinderbetreuung oder eine Haushaltshilfe aufgrund der Berufstätigkeit von Alleinerziehenden, jeweils unter Berücksichtigung eines Selbstbehaltes. Ohne Selbstbehalt können Aufwendungen für Behinderungen von Kindern oder auch Behandlungskosten oder Schulgeld steuermindernd geltend gemacht werden.

Im Jahr 2003 wurden in Österreich fast 7 Mrd. Euro für Familienleistungen aufgewendet, davon 3,14 Mrd. Euro für Familienbeihilfe, 1,15 Mrd. Euro für den Kinderabsetzbetrag, über 910 Mo. Euro für Karenz- und Kinderbetreuungsgeld, 770 Mio. Euro für Kindergärten, knapp 340 Mio. Euro für das Wochengeld und über 670 Mio. Euro für sonstige Geld- und Sachleistungen.⁴⁹

⁴⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 8.03

Auch die Länder gewähren Familienleistungen. In Form von Geldleistungen (Familienzuschüsse, Unterstützungen von AlleinerzieherInnen usw.) und Sachleistungen (Kinderbetreuung, Unterbringung in Heimen und Pflegefamilien, Familienhilfe usw.).

Das Land Tirol gewährt einen Erziehungszuschuss in Höhe von 145,35 Euro monatlich für sozial schwache Familien, Mehrkindfamilien und AlleinerzieherInnen, die unverschuldet einer Ausnahmesituation gegenüber stehen. Auch in Tirol gibt es den Familienpass, der Ermäßigungen bei verschiedensten Betrieben und eine Haushaltsunfallversicherung beinhaltet. Für Familien mit geringem Einkommen gibt es eine Schulstarthilfe in Höhe von 146 Euro pro Kind zu Schulbeginn. Für SchülerInnen gibt es Stipendien aus Mitteln des Landes und der Landesgedächtnisstiftung sowie Förderungen zur Teilnahme an Schulveranstaltungen. Insgesamt hat Tirol für Schülerbetreuung im Jahr 2005 Ausgaben in einer Höhe von 987.200 Euro veranschlagt.⁵⁰ Für Lehrlinge gibt es den Lehrlingsförderungszuschuss, der je nach Familienverhältnissen und Einkommen zwischen 37 und 73 Euro monatlich beträgt. Außerdem gibt es einen Wohnkostenzuschuss für Lehrlinge in Höhe von 40 bis 60 % der Unterkunftskosten (maximal 146 Euro) und eine Begabtenförderung für Lehrlinge.⁵¹

Die Stadt **Innsbruck** gewährt einen 30%igen SchülerInnenzuschuss für Schulveranstaltungen von PflichtschülerInnen aus einkommensschwachen Familien in Höhe von max. 90 Euro.

Sozialhilfe

2003 bezogen in Österreich fast 149.000 Personen Sozialhilfe, davon etwa 53.000, die in Alten- und Pflegeheimen wohnten. An Allgemeiner Sozialhilfe gaben die Länder etwa 461 Mio. Euro aus.

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Tirol im Jahr 2002 6.642 Menschen Sozialhilfe, im Jahr 2003 bereits 7.413, was einer Zunahme um fast 800 Personen oder 12 % innerhalb nur eines Jahres entsprach. Nach Wien und Niederösterreich hat Tirol die dritthöchste Zahl an Sozialhilfeempfängerinnen in ganz Österreich. 3.210 weitere Personen bezogen nach Angaben des Amtes der Tiroler Landesregierung im Jahr 2002 Sozialhilfe in Alten- und Pflegeheimen. Mit 14 von 1000 EinwohnerInnen lag die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in Tirol unter dem österreichischen Durchschnitt, der allerdings durch Wien (52 von 1000) nach oben verzerrt wurde.

Die Höhe der Sozialhilfe ergibt sich aus der Differenz zwischen dem festgestellten bzw. festgesetzten Bedarf (Richtsätze plus allfällige z.T. schematisierte Zusatzleistungen für Wohnen, Heizen usw.) und den eigenen Mitteln (allfälliges Vermögen und Einkommen) bzw. anzurechnender Leistungen Dritter. Der Sozialhilferichtsatz in Tirol zählte 2004 mit 404,90 Euro monatlich für Alleinunterstützte bzw. 346,40 Euro für Hauptunterstützte zu den niedrigsten in Österreich. Er wurde 2005 auf 411,- Euro für Alleinstehende und 351,60 für Haushaltsvorstände angehoben. Allein aus der Höhe der Richtsätze kann aber nicht auf das sozialpolitische Niveau der Leistungen geschlossen werden. In der Praxis gibt es keine formale Obergrenze für die Sozialhilfe in Tirol. Neben der richtsatzgemäßen Leistung wird der zusätzliche Bedarf in tatsächlicher, aber noch vertretbarer Höhe abgedeckt. Der Sozialhilfeträger hat Anspruch auf Ersatz für seine Aufwendungen zur Sicherung des Lebensbedarfes.

Der Antrag auf Sozialhilfe muss in Tirol bei den Gemeinden bzw. Stadt Innsbruck eingebracht und muss vom Gemeindeamt überprüft und bestätigt werden. Im Sozialhilfegesetz findet sich keine konkrete Angabe darüber, wie und wann eine zuerkannte Sozialhilfeleistung von der Behörde zu erbringen ist. Auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht kein Rechtsanspruch.

Die Offenlegung von Problemen oder Armut scheuen insbesondere Menschen in ländlichen Gegenden (Phänomen der „verschämten Armut“). Daraus erklären sich die enormen Unterschiede in der Beantragung der Sozialhilfe in Tirol, die in Innsbruck-Stadt gemessen an der Bevölkerung mehr als dreimal so hoch ist als im Landesdurchschnitt. In Innsbruck hatten im Jahr 2004 29 von

⁵⁰ Landesbudget 2005

⁵¹ alle Angaben: Sozialministerium – Wegweiser für Alleinerziehende, Wien 2002

1.000 EinwohnerInnen Sozialhilfe beantragt, in Osttirol dagegen nur einer von 1.000. **Mehr als die Hälfte aller Anträge auf Sozialhilfe in Tirol kamen 2004 aus der Stadt Innsbruck.**

Sozialhilfe-AntragstellerInnen in Tirol nach Bezirken 2004 ⁵²

	Antragsteller	= von 1.000 EW	Männer	Frauen
Innsbruck-Stadt	3.304	29	1.867	1.437
Innsbruck-Land	1.157	7	530	622
TIROL	6.336	9	3.295	3.036

Weitere Sozial- und Transferleistungen des Landes Tirol

Zu Einkünften aus umverteiltem Einkommen zählen auch jene Hilfen, die das Wohnen leistbar machen sollen. Im Rahmen der Wohnbauförderung unterstützt das Land Tirol den Neubau und die Sanierung von Wohnraum durch finanzielle Hilfen.

Diese Hilfen werden als Objektförderung (Förderungsdarlehen, Annuitätenzuschüsse, Zuschüsse) oder als Subjektförderung gewährt, welche als direkte Einkünfte wirksam werden wie die Wohnbeihilfen. Auch bei der Wohnbeihilfe zeigt sich eine nach Bezirken ausgesprochene unterschiedliche Inanspruchnahme. **In Innsbruck lag die Zahl der Wohnbeihilfenbezieher mit 32 je 1.000 EW deutlich über dem Landesdurchschnitt.**

Wohnbeihilfe – Antragsteller 2004 nach Bezirken ⁵³

	Antragsteller	Von 1.000 Wohnungen mit Hauptwohnsitz
Innsbruck-Stadt	1.730	32
Innsbruck-Land	1.321	23
TIROL	6.363	25

Das Land Tirol gewährt auch Mietzins- bzw. Annuitätenbeihilfen bei geringem Einkommen und hoher Miete in Wohnungen, die nicht mit Wohnbauförderung errichtet wurden. Die Mietzinsbeihilfe wird MieterInnen gewährt, eine Annuitätenbeihilfe WohnungseigentümerInnen. Die Kosten werden zu 70 % vom Land und zu 30 % von der jeweiligen Gemeinde getragen. **59 % aller Mietzins- und Annuitätenbeihilfen Tirols werden in Innsbruck ausbezahlt.** Auf die Wohnkosten in Innsbruck wird im Abschnitt 3.2 näher eingegangen.

Die Zunahme der Beihilfen betrug in Tirol innerhalb von fünf Jahren 1.736 Fälle (oder 32 %). Der Gesamtaufwand betrug im Jahr 2003 962.181 Euro. Das waren um 41 % mehr als 1998. 2.339 der Antragsteller waren PensionistInnen, 1.684 waren erwerbslos, 1.287 ArbeiterInnen, 937 Angestellte und 900 StudentInnen. Das durchschnittliche Familieneinkommen der Antragsteller lag bei 907 Euro, der durchschnittliche Wohnungsaufwand bei 261 Euro.

Mietzins- und Annuitätenbeihilfe 2003 nach Bezirken ⁵⁴

	Zahl der Gemeinden	Gemeinden, in denen Beihilfen gewährt werden	Zahl der Beihilfen	durchschn. Höhe in €
Innsbruck-Stadt	1	1	4.291	139
Innsbruck-Land	65	28	665	127
TIROL	279	119	7.268	131

⁵² Amt der Tiroler Landesregierung

⁵³ Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Wohnbauförderung

⁵⁴ Landesrechnungshof: Mietzins- und Annuitätenbeihilfen, 3.5.2004

Die weiteren Sozialleistungen des Landes Tirol werden in der Regel in Form von Sachleistungen gewährt, sind somit nicht als Einkünfte aus umverteiltem Einkommen zu werten. Sie seien der Vollständigkeit halber aber erwähnt, auch weil sie die Einkommen der Betroffenen vor finanziellen Mehrbelastungen bewahren.

Für die Alten- und Pflegeheime wendet das Land Tirol im Jahr 2005 85,97 Mio. Euro auf. Es sind Aufwendungen für eigene Heime oder die Übernahme von Unterbringungskosten von Heimen anderer Rechtsträger, Zuwendungen an Sozialsprengel und extramurale Einrichtungen sowie die Förderung der ambulanten Pflege und von alternativen Pflegemodellen.⁵⁵

Für die Behindertenhilfe wendet das Land Tirol im Jahr 2005 81,076 Mio. Euro auf.⁵⁶ Diese Förderungen werden vor allem für verschiedenste Beratungs- und Betreuungsdienstleistungen, Fahrdienste spezielle Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen aufgewendet.

Für Flüchtlingshilfe wendete Tirol 2005 3,929 Mio. Euro auf, wobei der Großteil des Geldes für Flüchtlingsheime aufgewendet wird.⁵⁷

2.5 Zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen

Eine Studie des WIFO, die im Herbst 2005 präsentiert wurde, bestätigt, dass die Einkommen in Österreich zunehmend ungleicher verteilt sind.⁵⁸ Dies gilt sowohl für die Verteilung innerhalb der unselbständig Beschäftigten, als auch zwischen den Lohneinkommen einerseits und Einkommen aus Besitz und Unternehmung andererseits. Die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit der Zunahme von Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigungen spielt für die Ausweitung der Einkommensunterschiede eine wesentliche Rolle, so die Studie. Und das Abgabensystem hat kaum umverteilende Wirkung, hingegen sind von den Ausgaben des Sozialstaates vor allem die unteren Einkommensschichten begünstigt, wird argumentiert.

Die Studie bestätigt, dass sich die Schere zwischen Lohneinkommen einerseits und Gewinn- und Besitzeinkommen andererseits weit öffnete. Dazu haben einerseits Lohnerhöhungen unter dem Produktivitätswachstum und der Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen, auf der anderen Seite eine Verdreifachung der Einkommen aus Finanzvermögen von 1964 bis 1997 und eine deutliche Erhöhung der Einkünfte der Freien Berufe.⁵⁹ Die ungleiche Verteilung wird noch dadurch verstärkt, dass die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen gestiegen ist.

Weil die Angehörigen der unteren Einkommensgruppen den Großteil des Einkommens für Konsum aufwenden (müssen), verwenden die oberen Einkommensgruppen zusätzliches Einkommen für Sparen, sprich Vermögensbildung. *„Die Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommensschichten bewirkt deshalb einen Rückgang der Konsumnachfrage.“*⁶⁰ Und weil Finanzanlagen attraktiver geworden sind als Sachanlagen, ist auch die Investitionsquote zurückgegangen, was sich wiederum negativ auf Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum auswirkte.

Die Autoren sind überzeugt: *„Eine Zunahme der Ungleichheit in der Primärverteilung erhöht auch den Bedarf an Umverteilungsaktivitäten des Staates.“*⁶¹ Sie schlagen eine Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen und monetärer Transfers vor.

⁵⁵ Landesbudget 2005 und Angaben Büro Landesrätin Christa Gangl

⁵⁶ Landesbudget 2005

⁵⁷ Landesbudget 2005

⁵⁸ Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 9/2005, S. 615-628

⁵⁹ wie oben, S. 625

⁶⁰ Alois Guger, Markus Marterbauer: Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich, in: WIFO-Monatsberichte 9/2005, S. 626

⁶¹ wie oben, S. 627

3. Ausgaben der privaten Haushalte

Wie und wofür die Einkommen der Bevölkerung verwendet werden, darüber gibt das Einkommensverwendungskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Auskunft. Es zeigt vordergründig, dass in Österreich etwa 90 % des verfügbaren Einkommens für „Konsum“ aufwendet werden und etwa 10 % für „Sparen“.

Unter „Konsum“ versteht die Wirtschaftswissenschaft Ausgaben der Haushalte vom verfügbaren Einkommen für dauerhafte und (vor allem) für nicht dauerhafte Güter und Dienstleistungen.⁶² Im Fall der Wirtschaft sind das die Investitionen und Betriebsausgaben. Der Konsum bzw. die Konsumnachfrage werden bestimmt durch Einkommen, Preise, Vermögen und Zinsniveau. Der Konsum eines Haushalts wird zudem bestimmt durch Haushaltsgröße und Alter der Haushaltsangehörigen. Mit steigendem Einkommen steigt bei Haushalten zwar die Konsumnachfrage, nicht jedoch die Konsumquote, also der Anteil des Konsums am Einkommen. Mit steigender Lohnquote steigen die Konsumausgaben (Kaufkrafteffekt), mit steigenden Gewinneinkommen dagegen steigt das Sparen, sprich die Vermögensbildung. Mit anderen Worten: Reiche sparen einen höheren Anteil ihres Einkommens als Ärmere.

Unter „Sparen“ wird entweder das (freiwillige) Sparen als Vermögensanlage oder das Zwecksparen (Ansparen) für dauerhafte Konsumgüter verstanden. Die Höhe des Sparens hängt vor allem vom Zins und wiederum vom Einkommen ab. In jüngster Zeit haben Wirtschaftswissenschaftler wieder häufiger von „Angstsparen“ infolge von Zukunftszweifeln gesprochen, was wiederum zu Konsumverzicht und einer Vertiefung der Krise führt.

Zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Steuer- und Sozialpolitik, dem verfügbaren Einkommen, dem Konsum und dem Sparen besteht ein enger Zusammenhang. Diesen bestätigt auch die regelmäßige Erhebung des Konsumverhaltens durch Fessel-GfK.⁶³

3.1 Verbrauchsausgaben (Übersicht)

Für 2004 weist das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO Konsumausgaben von 123,11 Mrd. Euro für die „privaten Haushalte“ aus. Davon würden 14 % (17 Mrd. Euro) für „dauerhafte Konsumgüter“, aber 86 % (106 Mrd. Euro) für nicht dauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen aufgewendet werden.

Als wichtigste Konsumausgaben der privaten Haushalte weist die Statistik Austria die Ausgaben für Wohnen, Energie, Verkehr und Nahrungsmittel aus.⁶⁴ Diese Ausgaben machen zusammen mehr als die Hälfte der Konsumausgaben aus. Ein längerfristiger Vergleich (1996 bis 2005) zeigt, dass bei einem Anstieg des Verbraucherpreisindex von plus 16,4 % in diesen Jahren vor allem der Wohnungsaufwand, die Energie-, Betriebs- und Gesundheitskosten überdurchschnittlich (um 21 bis 30 %) gestiegen sind.⁶⁵

Die höchsten monatlichen Verbrauchsausgaben je Haushalt wies die Konsumerhebung 2004/05 in Oberösterreich (2.730 Euro) nach, gefolgt von Salzburg (2.720), Tirol (2.660) und Niederösterreich (2.630). Wien lag mit 2.330 Euro an letzter Stelle und deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 2.440 Euro. Bemerkenswert ist, dass Tirol bei der letzten Konsumerhebung 1999/2000 mit 2.161 Euro noch in die niedrigsten Verbrauchsausgaben aller Bundesländer hatte, nunmehr aber die dritthöchsten. Der durchschnittliche Anstieg der monatlichen Haushaltsausgaben in Tirol war in den letzten Jahren mit plus 499 Euro (oder plus 23,1 %) der mit Abstand höchste aller Bundesländer! In drei Bundesländern (Wien, Vorarlberg und die Steiermark) sind die durchschnittlichen Haushaltsausgaben in diesem Zeitraum sogar zurückgegangen.⁶⁶ Lagen die Konsumausga-

⁶² vgl. dazu Gabler-Volkswirtschaftslexikon, Wiesbaden 1997

⁶³ veröffentlicht in: Oest. Nationalbank – Statistisches Monatsheft 3/2004, Kap. 6.1.1

⁶⁴ Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/05

⁶⁵ vgl. dazu WIFO-Wirtschaftsdatenbank

⁶⁶ Statistik Austria, Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05

ben in Tirol 1999/2000 noch mehr als 12 % unter dem österreichischen Durchschnitt, so lagen sie 2004/05 um fast 5 % über dem österreichischen Durchschnitt.

Monatliche Verbrauchsgaben je Haushalt in den Bundesländern in Euro und in % ⁶⁷

1999/2000		in %	2004/05		in %	Anstieg absolut	Anstieg in %
Vorarlberg	2.618	107,4	Oberösterreich	2.730	107,5	+188	+7,4
Oberösterreich	2.542	104,3	Salzburg	2.720	107,1	+210	+8,4
Salzburg	2.510	103,0	TIROL	2.660	104,7	+499	+23,1
Steiermark	2.504	102,7	Niederösterreich	2.630	103,5	+216	+8,9
Wien	2.457	100,8	Österreich	2.540	100,0	+103	+4,2
Österreich	2.437	100,0	Vorarlberg	2.510	98,8	-108	-4,1
Niederösterreich	2.414	99,1	Burgenland	2.480	97,6	+137	+5,8
Burgenland	2.343	96,1	Steiermark	2.470	97,2	-34	-1,4
Kärnten	2.219	91,1	Kärnten	2.400	94,5	+181	+8,2
TIROL	2.161	88,7	Wien	2.330	91,7	-127	-5,2

Überdurchschnittlich ins Gewicht fallen in Tirol die Ausgaben für das Wohnen (29,1 % des Einkommens), die Bekleidung sowie Freizeit, Hobby und Sport. Einen geringeren Anteil als im österreichischen Durchschnitt nehmen dagegen Ausgaben für Verkehr sowie für Besuche von Cafe, Restaurant und Hotel ein. Investitionen etwa zum Hauskauf, Geldtransfers oder Sparen sind nicht in diesen Gesamtverbrauchsausgaben erfasst.

Gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000 auffallend zurückgegangen ist in Tirol der Anteil der Ausgaben für Wohnen, Wasser und Energie (von 26,0 auf 22,5 %), was angesichts der insgesamt gestiegenen Haushaltsausgaben dennoch eine Zunahme in absoluten Zahlen von etwa 37 Euro monatlich bedeutete. Der Aufwand für Lebensmittel ist zwar prozentuell (von 14,4 auf 12,9 %) ebenfalls gesunken, in absoluten Zahlen aber um 32 Euro monatlich gestiegen. Deutlich gestiegen ist auch der Aufwand für Wohnungsausstattung (von 5,8 auf 6,6 % oder 50 Euro im Monat) sowie für Gesundheit (von 2,1 auf 3,2 % oder 40 Euro monatlich). Und die Tiroler Bevölkerung gibt im Monat auch um 37 Euro mehr für Alkohol und Tabakwaren aus. Die Verkehrsausgaben sind um durchschnittlich 63 Euro pro Monat gestiegen. Und sogar um 82 Euro monatlich mehr geben die Tiroler Haushalte für Erholung, Freizeit und Sport aus.

Ingesamt sind die Haushaltsausgaben in dicht besiedelten Gebieten (Großstädten) um etwa 3,5 % geringer als der Durchschnitt, in mittel und gering besiedelten Gebieten dagegen überdurchschnittlich hoch. Haushalte in geringer besiedelten Regionen geben einen höheren Anteil der Haushaltsausgaben für den Verkehr aus. Umgekehrt sind die Ausgaben für Freizeit, Sport und Hobby (in denen auch Urlaube enthalten sind) in dichtbesiedelten Gebieten höher. Einen Zusammenhang gibt es auch zwischen der Größe des Haushalts und der Höhe der Haushaltsausgaben. Allein stehende Frauen geben weniger aus als alleinstehende Männer, was mit den unterschiedlichen Einkommen zusammenhängt. Männer geben mehr in Gaststätten, für Alkohol und Tabakwaren aus, Frauen dagegen mehr für Bekleidung, Körperpflege, Gesundheit und Wohnungsausstattung. Die höchsten Haushaltsausgaben haben Erwerbstätige, die geringsten arbeitslose Personen. Betrachtet nach Lebensalter haben die 30- bis 60jährigen die höchsten Haushaltsausgaben, die Jungen und PensionistInnen – mangels Einkommen und Familie – die geringsten Ausgaben.

Umgelegt auch **Innsbruck** bedeutet das durchschnittliche **monatliche Haushaltsausgaben in den Jahren 2004/2005 von 2.567 Euro**. Die sogenannten „Äquivalenzausgaben“ betragen in Innsbruck 1.660 Euro (Tirol 1.720 Euro). ⁶⁸ Das war eine **Zunahme um 420 Euro** (oder knapp 20

⁶⁷ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 1999/2000, Wien 2002

⁶⁸ Äquivalenzausgaben sollen eine exaktere Berechnung der Ausgaben für verschiedene Haushalts-/Familiengrößen ermöglichen, sie gelten für eine erwachsene Person und sind bei Mehrpersonenhaushalten nach folgendem Schema anzuwenden: 1 erwachsene Person = 1,00; jede weitere erwachsene Person = 0,70; Kind 0-3 Jahre = 0,33; Kind 4-6 Jahre = 0,38; Kind 7-10 Jahre = 0,55; Kind 11-15 Jahre = 0,65; Kind 16-18 Jahre = 0,70; Kind 19-21 Jahre = 0,80; Kind 22-26 Jahre = 0,70.

%) gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000, also **innen 5 Jahren**. Das heißt, **die monatlichen Haushaltsausgaben stiegen in Innsbruck um durchschnittlich 84 Euro pro Jahr**. Der größten Ausgabenposten ist das Wohnen (knapp 560 Euro pro Monat) gefolgt von Freizeitausgaben (ca. 370 Euro), Verkehrsausgaben (364 Euro) und Ausgaben für Lebensmittel (ca. 311 Euro.). Am stärksten gestiegen sind in den letzten 5 Jahren die Ausgaben für das Wohnen (+ 83 Euro), den Verkehr (+66 Euro), Lebensmittel (+64 Euro) und Freizeitausgaben (+56 Euro).

Die Haushaltsausgaben in Tirol insgesamt sind vor allem bei Lebensmitteln, beim Wohnen, der Wohnungsausstattung und beim Verkehr höher als in Innsbruck. Die Innsbrucker dagegen geben mehr aus für ihre Gesundheitspflege, die Kommunikation, die Erholung, die Bildung sowie in Gaststätten.

Monatliche Verbrauchsausgaben der Innsbrucker Haushalte 1999/2000 und 2004/2005 ⁶⁹

	Haushaltsausgaben Innsbruck in Euro	Anteil in %	Haushaltsausgaben Innsbruck in Euro	Anteil in %	Veränd. in Euro	Haushaltsausgaben Tirol in Euro
	1999/2000		2004/05			2004/05
Verbrauchsausgaben insgesamt	2.147,00	100,0	2.567,00	100,0	+420,00	2.660,00
Lebensmittel, Alkoholfreie Getr.	246,90	11,5	310,60	12,1	+63,70	343,10
Alkohol. Getränke, Tabak	56,00	2,7	77,00	3,0	+21,00	85,10
Bekleidung, Schuhe	154,60	7,2	151,50	5,9	-3,10	164,90
Wohnen, Wasser, Energie	476,60	22,2	559,60	21,8	+83,00	598,50
Wohnungsausstattung	152,40	7,1	143,80	5,6	-8,60	175,60
Gesundheitspflege	53,70	2,5	92,40	3,6	+38,70	85,10
Verkehr	298,40	13,9	364,50	14,2	+66,10	407,00
Kommunikation	60,10	2,8	77,00	3,0	+16,90	66,50
Erholung, Freizeit, Sport, Hobby	313,50	14,6	369,70	14,4	+56,20	343,10
Bildung	6,40	0,3	25,70	1,0	+19,30	13,30
Beherbergung, Gaststätten	139,60	6,5	156,60	6,1	+17,00	138,30
Andere Waren, Dienstleistungen	186,80	8,7	238,70	9,3	+51,90	236,70

3.2 Wohnen

Die Kosten für das Wohnen sind im Allgemeinen die mit Abstand größte Ausgabenposition von Haushalten. Mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden ist in der Regel die Schaffung von Wohnraum. Und einen erheblichen Teil an den regelmäßigen Ausgaben der Haushalte haben die monatlichen Wohn- und Betriebskosten.

Zahl. EigentümerInnen. Ausstattung. Größe und Nutzung der Wohnungen

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 ergab für Tirol insgesamt 303.632 Wohnungen. Gegenüber der letzten Zählung 1991 war das eine Zunahme um 53.858 (oder 21,6 %) binnen 10 Jahren. Die Mehrheit der Wohnungen (165.502 oder 54,5 %) befand sich in Mehrfamilienhäusern oder Nichtwohngebäuden (wie etwa Dienstwohnungen), 138.130 Wohnungen (45,5 %) befanden sich in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Dieser Landesschnitt wird allerdings wesentlich bestimmt durch **Innsbruck**, wo nur 8,7 % der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sind, alle anderen in Mehrfamilienhäusern oder Nichtwohngebäuden. Denn in allen anderen Tiroler Bezirken ist die Mehrheit der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern.

⁶⁹ berechnet aufgrund der Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05 für dichtbesiedelte Regionen

Wohnungen in Tirol 2001 nach Bezirken ⁷⁰

	Wohnungen	In Ein- und Zweifamilienhäusern	in %	In Mehrfamilienhäusern *	in %
Innsbruck-Stadt	62.477	5.419	8,7	57.058	91,3
Innsbruck-Land	65.757	33.302	50,6	32.455	49,4
TIROL	303.632	138.130	45,5	165.502	54,5

* sowie Heimen und Nichtwohngebäuden

Den höchsten Anteil schlechtausgestatteter Wohnungen (Kategorie C und D) von allen Bezirken Tirols wies Innsbruck aus. Ebenso war die durchschnittliche Wohnungsgröße in Innsbruck am geringsten von allen Bezirken. Am geringsten war auch der Anteil der Wohnungen ohne Wohnsitzangabe in Innsbruck (6,3 %). Auch die höchste Zahl an ZweitwohnsitzerInnen aller Tiroler Bezirke wies auch Innsbruck auf.

Wohnungsgröße und Ausstattung nach Bezirken 2001 ⁷¹

	Wohnungen mit Hauptwohnsitz	Kat.A in %	Kat.C und D in %	durchschn. Nutzfläche in m ²
Innsbruck-Stadt	53.314	80,8	2,9	75,9
Innsbruck-Land	58.231	84,2	2,1	96,4
TIROL	257.916	83,0	2,2	92,6

ZweitwohnsitzerInnen 2003 nach Bezirken ⁷²

Bezirk	ZweitwohnsitzerInnen 2003	Davon AusländerInnen
Innsbruck Stadt	21.285	4.898
Innsbruck-Land	12.243	2.569
TIROL	86.032	34.377

In Innsbruck wurden zuletzt (2003) 765 Wohnungen neu fertiggestellt, knapp die Hälfte davon durch gemeinnützige Bauvereinigungen. Das war mehr als in den Jahren zuvor, doch weniger als die Wohnbauleistungen der 90er Jahre, als mehrmals 1.000 und mehr Wohnungen pro Jahr errichtet wurden. Die Zahl der Baubewilligungen ließ zuletzt (2004) erneut auf einen leichten Rückgang schließen. 70 % der fertiggestellten Wohnungen waren Eigentumswohnungen.

Wohnungsneubau nach Bezirken 2003 ⁷³

	Fertiggestellte Wohnungen 2003	Je 1.000 Einwohner
Innsbruck-Stadt	765	6,7
Innsbruck-Land	1.147	7,3
TIROL	4.841	7,0

Wohnkosten

Die Konsumerhebung 2004/05 wies die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben für Wohnen, Beheizung und Beleuchtung in Tirol mit etwa 598,50 Euro aus. In diesen Kosten enthalten waren die Mieten, aber auch die fiktiven Mieten für hohe Zahl von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, die Betriebskosten, die Kosten für Energie und auch die Instandhaltungskosten.

⁷⁰ Häuser- und Wohnungszählung 2001

⁷¹ Häuser- und Wohnungszählung 2001

⁷² Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2003, Innsbruck 2004

⁷³ Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003

Die Kosten waren damit um etwa 37 Euro höher als bei der letzten Erhebung 1999/2000. Und sie lagen auch um etwa 24 Euro über dem österreichischen Durchschnitt.

In Innsbruck können die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten mit 559,60 Euro angenommen werden. Das ist um 6,5 % unter dem Landesdurchschnitt, allerdings ist die durchschnittliche Wohnfläche in Innsbruck um 18 % geringer als im Landesdurchschnitt. Mit anderen Worten: die durchschnittlichen Wohnkosten pro Quadratmeter lagen in Innsbruck daher mit 7,28 Euro um fast 13 % über dem Landesdurchschnitt von 6,46 Euro. In Großstädten empfindet daher auch ein höherer Anteil der Menschen die **Wohnkosten als starke Belastung**. In Innsbruck waren es zuletzt 18 % der Bevölkerung bzw. **fast 21.000 Menschen**. Im besonderen Maße gilt das über arbeitslose Menschen, MigrantInnen, AlleinerzieherInnen und Großfamilien.

Dazu kamen noch die Kosten der Wohnungsausstattung, also Wohnungseinrichtung, Haushaltsgeräte und –artikel und Heimtextilien. Hier lagen die durchschnittlichen Ausgaben der Innsbrucker Haushalte mit **knapp 144** (um über Euro) unter dem Tiroler Durchschnitt (fast 176 Euro).

Der Mikrozensus 2003 wies die Kosten lediglich für die tatsächlich entgeltlich genutzten Tiroler Wohnungen nach verschiedenen Merkmalen aus. Er schloss also nicht wie die Konsumerhebung die selbstgenutzten Eigenheime und Eigentumswohnungen mit ein. Die Wohnkosten wurden definiert als eigentliches Nutzungsentgelt (Mietzins, Rückzahlung von Annuitäten oder Nutzungsgebühren), Betriebskosten (also Kanal, Wassergebühren, Grundsteuer, Verwaltungsaufwand usw.) und schließlich auch die Kosten für Beheizung und Beleuchtung oder Garagenbenützung. Danach lag der durchschnittliche Aufwand in den 121.300 entgeltlich genutzten Eigentumswohnungen bei 355 Euro, in einer Mietwohnung bei 362 Euro monatlich.

Tatsächlich ergaben sich aber erhebliche Unterschiede je nach Ausstattungskategorie und Größe der Wohnung. So waren in etwa 54 % (64.500) dieser entgeltlich genutzten Wohnungen Kosten bis zu 355 Euro monatlich zu zahlen, in über 25 % der Wohnungen (31.000) zwischen 355 und 505 Euro monatlich, in mehr als 16 % der Wohnungen (19.800) zwischen 505 und 730 Euro im Monat, in 4 % der Wohnungen (4.900) sogar noch mehr.

Berufstätige hatten in der Regel einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand (ca. 400 Euro monatlich) zu tragen als Nichtberufstätige (knapp 300 Euro monatlich). Selbständige, FacharbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen, aber auch Familien mit Kindern, die überwiegend in Wohnungen mit 4 Wohnräumen wohnen, hatten durchschnittlich 442 Euro an monatlichen Wohnkosten. ArbeiterInnen und PensionistInnen sowie Ehepaare ohne Kinder, die meist Wohnungen mit 3 Wohnräumen bewohnten, hatten in solchen durchschnittlich 375 Euro an monatlichen Wohnkosten. Und Einpersonenhaushalte, die meist in Wohnungen mit 2 Wohnräumen leben, hatten in solchen Wohnungen durchschnittliche Wohnkosten von 303 Euro monatlich.

Der Immobilienpreisspiegel 2005 gab für Mietwohnungen, deren Mietzins frei vereinbart wird, für Tirol – je nach Wohnwert – eine monatliche Miete zwischen 4,30 und 11,30 Euro je Quadratmeter an. Diese Mieten sind – mit ganz wenigen Ausnahmen – gegenüber 2004 gestiegen. Mietwohnungen in Innsbruck gehörten zu den teuersten des Landes. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von knapp 76 m² **in Innsbruck wurde je nach Wohnwert eine Miete von 463 bis 698 Euro pro Monat verlangt**.

Monatliche, frei vereinbarte Mieten pro Quadratmeter in Euro 2005 nach Bezirken⁷⁴

Bezirk	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Innsbruck Stadt	6,10-6,80	7,20-7,90	8,30-9,20
Innsbruck-Land	5,20-5,70	6,40-6,90	7,50-8,20
TIROL	4,30-6,80	4,90-7,90	5,80-11,30

Noch größer und abhängig von der Lage und Wohnwert sind die Preisunterschiede beim Kauf einer Eigentumswohnung. Gebrauchte Eigentumswohnungen kosten zwischen 845 und 2.847 Euro

⁷⁴ Immobilienpreisspiegel 2005

je Quadratmeter, neue Eigentumswohnungen zwischen 1.395 und 3.283 Euro und Reihenhäuser zwischen 1.070 und 2.791 Euro. Hier ist Innsbruck lediglich bei gebrauchten Eigentumswohnungen mit einfachem Wohnwert am teuersten. In allen anderen Kategorien (neue Eigentumswohnungen, Reihenhäuser und Einfamilienhäuser) waren die Preise im Bezirk Kitzbühel noch höher. Die „teuersten“ Wohnbezirke in Tirol sind in allen Wohnungskategorien der Bezirk Kitzbühel, gefolgt von der Stadt Innsbruck und dem Bezirk Innsbruck-Land. Die preiswertesten Bezirke sind Reutte und Lienz, zum Teil auch Landeck und Schwaz. **Eine gebrauchte Eigentumswohnung mit einer durchschnittlichen Größe von knapp 76 m² kostete in Innsbruck 2005 je nach Wohnwert zwischen 101.402 und 171.352 Euro, eine neue Eigentumswohnung derselben Größe zwischen 150.995 und 210.311 Euro.**

Preis einer gebrauchten Eigentumswohnung pro Quadratmeter in Euro 2005 nach Bezirken ⁷⁵

Bezirk	Einfacher Wohnwert	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Innsbruck Stadt	1.336,60	1.580,70	1.857,10	2.257,60
Innsbruck-Land	1.235,50	1.498,70	1.759,00	2.011,30
TIROL	845,00 -1.336,60	1.100,00 -1.715,00	1.210,00 -2.280,00	1.450,00 -2.847,20

Preis einer neuen Eigentumswohnung pro Quadratmeter in Euro 2005 nach Bezirken ⁷⁶

Bezirk	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Innsbruck Stadt	1.989,40	2.320,70	2.770,90
Innsbruck-Land	1.870,20	2.036,20	2.247,60
TIROL	1.395,00 -2.038,00	1.615,00 -2.390,00	1.950,00 -3.283,30

Preis von Reihenhäusern pro Quadratmeter in Euro 2005 nach Bezirken ⁷⁷

Bezirk	Einfacher Wohnwert	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Innsbruck Stadt	1.716,20	1.967,50	2.285,80	2.648,80
Innsbruck-Land	1.637,80	1.822,20	2.037,50	2.450,40
TIROL	1.070,00 -1.827,00	1.200,00 -2.031,00	1.445,00 -2.509,80	1.750,00 -2.791,00

Preis von Einfamilienhäusern pro Quadratmeter in Euro 2005 nach Bezirken ⁷⁸

Bezirk	Einfacher Wohnwert	Mittlerer Wohnwert	Guter Wohnwert	Sehr guter Wohnwert
Innsbruck Stadt	1.856,40	2.068,20	2.312,20	2.759,80
Innsbruck-Land	1.814,80	2.008,80	2.275,00	2.507,40
TIROL	950,00 -2.111,70	1.130,00 -2.388,30	1.300,00 -2.692,90	1.600,00 -3.433,30

Generell sind die Wohnkosten in Tirol im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch. **Innsbruck und der Bezirk Kitzbühel gehören mit den Städten Salzburg und Wien zu den teuersten Wohngegenden Österreichs. Bei frei vereinbarte Mieten, gebrauchten und neuen Eigentumswohnungen übertrifft Innsbruck fast alle Wiener Bezirke. Innsbruck hat bei neuen E-**

⁷⁵ Immobilienpreisspiegel 2005

⁷⁶ Immobilienpreisspiegel 2005

⁷⁷ Immobilienpreisspiegel 2005

⁷⁸ Immobilienpreisspiegel 2005

gentumswohnungen und Reihenhäusern Preise wie die Wiener Nobelbezirke Hietzing, Währing und Döbling. Auch bei Einfamilienhäusern übertreffen die Innsbrucker Preise die meisten Wiener Bezirke.

Betriebskosten

Die Betriebskosten bestehen in der Regel aus Kosten für Strom, Heizenergie, Wasser und Abwasser, Müllabfuhr, Grundsteuer und Versicherungen. Im Geschosswohnungsbau kommen auch Ausgaben für die Hausverwaltung, Reinigung und Schneeräumung hinzu. Mehr oder weniger regelmäßige Kosten sind auch Aufwendungen bzw. die Rücklagenbildung für die Instandhaltung. Die Statistik Austria wertet bei ihren Wohnkostenerhebungen die Betriebskosten nicht bezirkswise aus. Festgestellt wurde aber in den letzten Jahren ein deutliches Ansteigen der Betriebskosten vor allem durch ein Ansteigen der Energiepreise.

Für Tirol weist die Arbeiterkammer Tirol darauf hin, dass die Strompreise in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind: Für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3.500 kWh ist der Jahresaufwand für Strom in den Jahren 2000 bis 2005 um 42,32 Euro gestiegen, mit Zuschlägen und Steuern sogar um 48,29 Euro, was einer Zunahme um 45 % entsprach. Ein besonderes Problem für Haushalte mit niedrigem Energieverbrauch stellen die fixen Grundkosten dar, die nicht durch einen sparsamen Verbrauch eingespart werden können.⁷⁹

Auch bei den Gaspreisen werden durch die Arbeiterkammer in Tirol Erhöhungen festgestellt durch die erhöhte Erdgasabgabe einerseits und erhöhte Lieferpreise andererseits. Dazu kommt, das Tiroler Haushalte nicht zu alternativen Anbietern wechseln können, weil die TIGAS ein Monopol hat und die Preisfestsetzung „völlig intransparent“ erfolgt.⁸⁰

Eine eigene Erhebung aktueller Strom- und Gaspreise für Innsbruck für einen Haushalt mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.500 kWh und einem durchschnittlichen Gasverbrauch von 15.000 kWh pro Jahr ergab (ohne einmalige Rabatte für Erstanmeldung) in den letzten 9 Monaten Preissteigerungen von 3 % bei Strom und 2 % bei Gas. In Summe bedeutet das für einen Haushalt eine Mehrbelastung von etwa 35 Euro pro Jahr.

Billigstangebote für Strom und Gas in Euro pro Jahr⁸¹

Gemeinde	Strom	Gas
Juni 2005	469,88	936,16
Jänner 2006	490,34	959,89
März 2006	484,34	955,09

Ein **Innsbrucker Haushalt** mit einem durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch hat gegenwärtig für seinen Strom- und Gasverbrauch pro Jahr mindestens 1.439 Euro bzw. **120 Euro pro Monat** zu bezahlen.

Die Heizölpreise zeigten sich in den 90er Jahren relativ stabil. Ab dem Jahr 2000 kam es zu einer wesentlichen Verteuerung. Für Heizöl extra leicht war nach Angaben des Energieberichts 2003 der Bundesregierung im Jahr 2002 in Österreich durchschnittlich 39 Cent je Liter zu bezahlen. Aktuellere Erhebungen der Arbeiterkammern wiesen im Juni 2005 vielerorts Preise von 55 Cent je Liter, womit sich die Preise gegenüber den 90er Jahren etwa verdoppelt haben. Im Jänner 2006 lagen die Preise bereits bei 65 bis 68 Cent je Liter – eine Verteuerung von 18 bis 24 % innerhalb eines halben Jahres. Bei einem Verbrauch von 1.000 Litern pro Jahr sind das jährliche Ausgaben von 680 Euro, bei einem Verbrauch von 2.000 Litern bereits 1.360 Euro und eine **Verdoppelung der Heizkosten binnen weniger Jahre**.

⁷⁹ AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 46

⁸⁰ AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 48

⁸¹ Erhebung am 11. Jänner 2006 bei e-control: Mindesttarife für 3.500 kWh jährlichen Stromverbrauch und 15.000 kWh jährlichen Gasverbrauch

Äußerst unterschiedlich sind die Wasser- und Abwassergebühren in Tirol, nachdem die Wasserver- und Abwasserentsorgung oft lokal oder regional organisiert ist. Eine eigene Erhebung in wichtigen Gemeinden Tirols Anfang Juni 2005 ergab folgendes Bild: Die Preisunterschiede für einen Kubikmeter Wasser und Abwasser in Tirols großen Gemeinden betragen bei Wasser bis zu 115 %, bei Abwasser sogar bis zu 138 %. **Die Wasserverbrauchsgebühren waren in Innsbruck am höchsten** und mit 1,42 Euro mehr als doppelt so hoch als etwa in Imst. Die Kanalbenützungsggebühren gehörten dagegen mit 1,62 Euro in Innsbruck zu den günstigsten. **Wasser und Abwassergebühren zusammengerechnet waren in Innsbruck mit 3,04 Euro die zweithöchsten aller untersuchten Bezirkshauptstädte**. Umgelegt auf den in der Landeshauptstadt höchsten durchschnittlichen Wasserverbrauch bedeutet das für **Innsbruck die höchsten jährlichen Kosten für Wasser und Abwasser** pro Kopf mit knapp 270 Euro.

Neubaukosten

Für eine 2001 in Tirol fertiggestellte Wohnung betragen die durchschnittlichen Baukosten 147.000 Euro. Der Quadratmeterpreis lag bei 1.420 Euro (ohne Grund- und Aufschließungskosten).⁸² Im Bereich des Ein- und Zweifamilienhausbaus betragen die durchschnittlichen Baukosten in Tirol im Jahr 2001 pro Wohnung 184.000 Euro bzw. 1.400 Euro pro Quadratmeter. Im Geschosswohnbau lagen die durchschnittlichen Baukosten pro Wohnung bei nur 111.000 Euro, während die Wohnbaukosten pro Quadratmeter mit 1.460 Euro höher waren als im Bereich des Ein- und Zweifamilienwohnbaus. Tirol lag mit 184.000 Euro Baukosten eines Ein- und Zweifamilienhausbaus knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 188.000 Euro, im Geschosswohnbau mit 111.000 Euro knapp über dem Bundesdurchschnitt von 105.000 Euro.

Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser sind in Tirol vergleichsweise teuer. **Für den Einfamilienhausbau ist Innsbruck das teuerste Pflaster in Tirol** mit Quadratmeterpreisen von 347 bis 534 Euro je nach Wohnlage. Innsbruck übertrifft damit sogar den Bezirk Kitzbühel. In Innsbruck sind Baugrundstücke damit so teuer wie in Salzburg und in den Wiener Grünbezirken.

Preise für Baugrundstücke für freistehende Einfamilienhäuser pro m² in Euro 2005⁸³

Bezirk	Normale Wohnlage	Gute Wohnlage	Sehr gute Wohnlage
Innsbruck Stadt	346,70	426,00	533,80
Innsbruck-Land	229,30	291,30	355,70
TIROL	92,50	125,00	177,50
	-346,70	-426,00	-533,80

3.3 Mobilität

Besitz und Nutzung von Fahrzeugen, PendlerInnen

Sowohl bei der Mobilität mittels individueller Fortbewegungsmittel (PKW und einspurige Fahrzeuge) wie auch bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel zeigen die Tiroler Haushalte Werte unter dem österreichischen Durchschnitt. D.h. sowohl die Ausstattung der Haushalte mit PKW ist im österreichischen Durchschnitt (mit 75 %) höher als in Tirol (71 %), wie auch der Besitz einer Zeitkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel (Ö: 38 %, T: 31 %). Mit anderen Worten: die Mobilität der TirolerInnen ist geringer bzw. eingeschränkter als im österreichischen Durchschnitt.

Dies bzw. die begrenzte Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel hat insbesondere Auswirkungen auf die Mobilität Berufstätiger, wie die Pendlerstatistik der Volkszählung 2001 nachweist. Knapp 120.000 (fast 78 %) der Tiroler TagespendlerInnen benutzten ein privates Kraftfahrzeug, um zur Arbeit zu kommen (meist das eigene Auto, ein geringer Teil nutzte eine Mitfahrmöglichkeit oder ein

⁸² Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003

⁸³ Immobilienpreisspiegel 2005

einspuriges Kfz). Knapp 77.000 Tiroler Haushalte (31 %) verfügten über eine Zeitkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel, aber nur knapp 29.000 PendlerInnen (19 % der PendlerInnen) nutzten auch ein öffentliches Verkehrsmittel, um zur Arbeit zu kommen. Lediglich 3 % der PendlerInnen waren 2001 mit dem Fahrrad, zu Fuß oder auf andere Weise unterwegs zur Arbeit, obwohl drei Viertel der Tiroler Haushalte über ein Fahrrad verfügen. Am höchsten war der Anteil Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel in Innsbruck (38 % der EinpendlerInnen und 24 % der AuspendlerInnen), am geringsten in Osttirol (jeweils 5 % der Ein- und AuspendlerInnen). 60 % der Einpendler nach Innsbruck kommen mit dem Auto. Und fast 73 der Innsbrucker Auspendler benutzen das Auto.

Ein- und AuspendlerInnen nach Bezirken 2001⁸⁴

Bezirk	Gemeinde-Einpendler	davon Tagespendler	Nicht-Tagespendler	Gemeinde-Auspendler	davon Tagespendler	Nicht-Tagespendler
Innsbruck-Stadt	37.791	34.332	3.459	11.426	9.766	1.660
Innsbruck-Land	36.297	33.703	2.594	52.663	49.324	3.339
TIROL	166.964	151.460	15.504	172.284	155.226	17.058

TagespendlerInnen nach Verkehrsmittel und Bezirken 2001⁸⁵

Bezirk	Berufstätige	Tageseinpendler	mit Kfz	mit öffentl. Verk.	Fuß, Rad, sonst.	Tagesauspendler	in % der Berufstätigen	mit Kfz	mit öffentl. Verk.	Fuß, Rad, sonst.
Innsbruck-Stadt	(128.864) ⁸⁶	34.332	20.598	13.178	556	9.766	(18,0) ⁸⁷	7.088	2.309	369
Innsbruck-Land	(128.864) ⁸⁸	33.703	26.580	5.785	1.338	49.324	(65,0) ⁸⁹	35.588	12.290	1.446
TIROL	320.314	151.460	117.586	28.576	5.298	155.226	48,5	120.856	28.930	5.440

* Innsbruck-Stadt und –Land;

Die meisten Pendlerbewegungen des Landes gab es im Bezirk Innsbruck-Land, die wenigsten in Innsbruck-Stadt und Osttirol. Die Stadt Innsbruck wies die mit Abstand wenigsten AuspendlerInnen, aber die meisten EinpendlerInnen aller Bezirke auf, knapp gefolgt vom Bezirk Innsbruck-Land.

Mobilitätskosten

Die Tiroler Haushalte gaben zwar – in absoluten Zahlen – zuletzt⁹⁰ mit 407 Euro monatlich etwa gleich viel für ihre Mobilität aus als ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt (409 Euro). Die Mobilitätskosten nahmen in Tirol mit 15,2 % der Haushaltsausgaben aber einen geringeren Anteil an den monatlichen Ausgaben ein als im österreichischen Durchschnitt (16,1 %). Dennoch waren sie der zweitgrößte Ausgabenposten der Tiroler Haushalte. Die Verkehrsausgaben sind gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000 um durchschnittlich 63 Euro pro Monat oder 18 % gestiegen.

Haushalte in geringer besiedelten Regionen geben in der Regel einen höheren Anteil der Haushaltsausgaben für den Verkehr aus als solche in dichtbesiedelten Regionen wie Innsbruck. Es ist davon auszugehen, dass die **Mobilitätskosten in Innsbruck mehr als 10 % unter dem Landesdurchschnitt, also bei etwa 364 Euro monatlich liegen**. Die durchschnittliche Steigerung seit der letzten Konsumerhebung fiel allerdings mit 66 Euro deutlich aus.

⁸⁴ Amt der Tiroler Landesregierung - Tirol Daten 2004

⁸⁵ Volkszählung 2001 - Pendlerstatistik

⁸⁶ Innsbruck-Stadt und –Land zusammen

⁸⁷ Schätzung aufgrund der Verteilung der Berufstätigen zwischen Stadt und Land

⁸⁸ Innsbruck-Stadt und –Land zusammen

⁸⁹ Schätzung aufgrund der Verteilung der Berufstätigen zwischen Stadt und Land

⁹⁰ Konsumerhebung 2004/05

ArbeitnehmerInnen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, bekommen über den Verkehrsabsetzbeitrag hinaus auch ein Pendlerpauschale. 38.515 Tiroler ArbeitnehmerInnen erhielten nach Angaben der Lohnsteuerstatistik 2003 ein Pendlerpauschale. Das waren etwa 22 % aller PendlerInnen bzw. knapp 32 % jener PendlerInnen, die mit dem Kfz zur Arbeit fahren. Im Raum Innsbruck lag die Inanspruchnahme im Landesdurchschnitt.

TagesauspendlerInnen (mit Kfz; 2001) und Pendlerpauschale nach Bezirken 2003 ⁹¹

Bezirk	Tagesaus-Pendler mit Kfz	Pendler-Pauschale bezogen	in %
Innsbruck-Stadt	7.088	2.154	30,4
Innsbruck-Land	35.588	10.537	29,6
TIROL	120.856	38.515	31,9

3.4 Familie

In Familien erwachsen in der Regel zusätzliche Kosten und Belastungen durch Kindererziehung und -betreuung, durch die Bildung und Ausbildung der Kinder, im zunehmendem Alter durch die Gesundheitspflege und in wachsendem Maß auch durch die Pflege Angehöriger, worauf im Abschnitt 2.4 bereits hingewiesen wurde.

Familienstrukturen

Fast 30 % aller Tiroler Einpersonenhaushalte waren bei der letzten Volkszählung 2001 in Innsbruck zu finden, aber nur 10 % der Haushalte mit 4 und mehr Personen. Innsbruck wies die geringste durchschnittliche Haushaltsgröße (2,1 Personen auf).

2001 lebten in Innsbruck 20.734 Familien, von denen 12.129 (58,5 %) insgesamt 20.461 Kinder hatten. Es gab aber auch 8.605 alleinerziehende Mütter und Väter mit 8.865 Kindern. Das heißt: 41,5 % der Haushalte mit Kindern waren in Innsbruck Alleinerzieher-Haushalte und 30 % aller Kinder lebten bei alleinerziehenden Elternteilen. Damit war der Anteil der Alleinerzieher-Haushalte in Innsbruck doppelt so hoch als im Landesschnitt. AlleinerzieherInnen-Haushalte sind – weil nur ein Erwerbseinkommen zur Verfügung steht (wenn überhaupt) - überdurchschnittlich armutsgefährdet. **Es ist anzunehmen, dass in Innsbruck etwa 4.200 Menschen (Erwachsene und Kinder) armutsgefährdet sind, weil sie in AlleinerzieherInnen-Haushalten leben.** Überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsgefährdung kinderreicher Familien. In Innsbruck leben 9.978 Menschen in Familien mit 3 und mehr Kindern. **Etwa 2.300 Erwachsene und Kinder sind in Innsbruck armutsgefährdet, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben.**

Familientypen nach Bezirken 2001 ⁹²

Bezirk	Familien gesamt	Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit Kindern	in % aller Familien	Kinder in diesen Familien	Alleinerziehende Väter und Mütter	In % aller Familien	Kinder in diesen Familien
Innsbruck Stadt	20.734	12.129	58,5	20.461	8.605	41,5	8.865
Innsbruck Land	30.074	23.702	78,8	43.529	6.372	21,2	9.054
TIROL	128.786	99.493	77,3	186.461	29.293	22,7	41.395

Kinder und Kinderbetreuung

In Innsbruck lebten 2001 5.205 Kinder im Alter von 0 bis 4 Jahren, 5.361 Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren, 5.286 Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren sowie 5.681 Jugendliche im Alter von 15 bis

⁹¹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2003

⁹² Volkszählung 20001

19 Jahren. Ab Mitte der 90er Jahre bis 1999 war die Zahl der Geburten in Tirol rückläufig, seither ist sie stabil.

Kinder nach Altersgruppen und Bezirken⁹³

Bezirk	0-4	5-9	10-14	0-14	15-19
Innsbruck Stadt	5.205	5.361	5.286	15.852	5.681
Innsbruck Land	8.748	10.350	9.996	29.094	10.040
TIROL	37.933	43.441	42.481	123.855	43.034

Familie und Beruf zu vereinbaren ist nach wie vor eine der größten Herausforderungen für viele Haushalte. „Kinder zu bekommen bedeutet immer noch einen radikalen Einschnitt in die Lebensplanung von Menschen, schafft Abhängigkeiten und bedeutet für viele Einschnitte und Erschwernisse im Bildungsbereich, bei der Wohnsitzwahl, am Arbeitsmarkt, bei der Karriereplanung, bei der Freizeitgestaltung, bei der Partnerwahl, bei der Aufrechterhaltung des eigenen, gewohnten Lebensstandards“ stellte die Tiroler Landesregierung fest.⁹⁴

Und immer noch liegt die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung in der Familie bei den Frauen. Österreichs Frauen wenden pro Woche im Durchschnitt knapp 28 Stunden für Haushalt und Kinderbetreuung auf, Männer dagegen nur 7 Stunden – beide meist zusätzlich zur Berufstätigkeit.

⁹⁵ Drei Viertel der Kinderbetreuung lastet in Österreich auf den Frauen. Mit der Folge, dass Frauen bei der beruflichen Aktivität und Karriere zurückstecken (müssen). Eine organisierte, bedarfsorientierte Kinderbetreuung hilft den Familien, berufstätig sein zu können. 53 % der Mütter, die Kinder in Tiroler Kinderbetreuungseinrichtungen haben, sind erwerbstätig, zwei Drittel von ihnen in Teilzeitaltern. 77 % der Mütter von Kindern in Kinderkrippen und 78 % der Mütter von Kindern in Horten sind erwerbstätig. Alleinerzieherinnen sind im höchsten Maß auf Betreuungseinrichtungen angewiesen. 81 % der Tiroler Alleinerzieherinnen sind berufstätig.

5.205 Tiroler Kinder waren 2001 in einem Alter (0 bis 4 Jahre), wo in höchstem Maß Kinderbetreuung erforderlich ist. Weitere 10.647 Kinder waren in einem Alter von 5 bis 14 Jahren, wo zumindest nach der Schule eine Kinderbetreuung erforderlich ist. Somit befanden sich **15.852 Innsbrucker Kinder in einem Alter, wo Betreuung mehr oder weniger erforderlich ist.**

In Innsbruck waren 2004 89 Kinderbetreuungseinrichtungen in Betrieb.⁹⁶ Den Großteil bildeten 54 Kindergärten (mit 2.856 Kindern), 16 Kinderkrippen (mit 300 Kindern) und 19 Horte (mit 736 Kindern). Mit anderen Worten: Es waren 3.892 (oder rund 25 % der 15.852) Innsbrucker Kinder im Alter bis 15 Jahren in einer Kinderbetreuungseinrichtung. Die Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ist in Innsbruck bei Krippe und Horten überdurchschnittlich (51 % der Krippenplätze, 53 % der Hortplätze des Landes). Bei Kindergartenplätzen liegt sie im Landesdurchschnitt.

Krippen, Kindergärten und Horte nach Bezirken 2004/2005⁹⁷

Bezirk	Krippen			Kindergärten			Horte		
	Zahl	Gruppen	Kinder	Zahl	Gruppen	Kinder	Zahl	Gruppen	Kinder
Innsbruck Stadt	16	22	300	54	136	2.856	19	35	736
Innsbruck Land	7	8	108	89	206	4.104	11	17	317
TIROL	36	43	589	435	895	17.564	43	71	1.386

⁹³ Volkszählung 2001

⁹⁴ Amt der Tiroler Landesregierung, Demographische Daten 2003, S.49

⁹⁵ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

⁹⁶ Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2004/2005

⁹⁷ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2004/05; die Zahlen differieren geringfügig zu jenen der Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen 2004/2005 des Landes Tirol

Kinder in Krippen, Kindergärten und Horten nach Bezirken 2004/2005 ⁹⁸

	institutionelle Betreuungs- einrichtungen	betreute Kinder	in % der Kinder von 0-14
Innsbruck-Stadt	89	3.892	25,1
Innsbruck-Land	107	4.529	16,0
TIROL	518	19.566	16,3

857 Innsbrucker Kinder wurden zuletzt (2004/2005) in 82 nicht-institutionellen Einrichtungen untergebracht. Davon 152 Kinder bei 42 Tagesmüttern. 542 Kinder waren in 33 Spielgruppen untergebracht. Und schließlich waren 163 Kinder in 7 Ganztagschulen, Tagesheimschulen sowie Internaten betreut. ⁹⁹

Das bedeutet, dass im Jahr 2004 **70 % der Innsbrucker Kinder** (ins. 4.749), die in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigem Alter waren (also jünger als 15 Jahre) nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung, sondern – in der Regel – **in der Familie bzw. im (erweiterten) familiären oder Freundes-Bereich oder auch gar nicht betreut wurden**. Man bedenke, dass in Innsbruck fast doppelt so viele Kinder (8.865) in Alleinerzieher-Haushalten leben als in Betreuungseinrichtungen insgesamt untergebracht sind.

Ein wichtiges Kriterium für die Eltern sind die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtung, besonders an den Tagesrändern. „*Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten*“, betont der Sozialbericht 2003/2004. ¹⁰⁰

47 % der Tiroler Ganztageskindergärten sind in Innsbruck. Die Mehrzahl der Innsbrucker Kindergärten hat 45 Stunden pro Woche und länger geöffnet. Aber nur 2 Kindergärten öffnen vor 7 Uhr morgens ihre Türen. Der Großteil der Kindergärten hat zudem in den Schulferien geschlossen – und damit insgesamt rund 3 Monate im Jahr. **Das Betreuungsangebot ist aber in Innsbruck besser als im Landesdurchschnitt**. Laut Mikrozensus 2002 bestand in Tirol zusätzlicher Betreuungsbedarf für 6.100 Kinder, verhältnismäßig gleich verteilt auf alle Altersgruppen. ¹⁰¹

Ganztagsbetreuung in Tirol nach Bezirken 2004/2005 ¹⁰²

	institutionelle Betreuungs- einrichtungen	betreute Kinder	davon Ein- richtungen mit Ganztags- betreuung	in %	ganztägig betreute Kinder	in % aller betreuten Kinder
Innsbruck-Stadt	89	3.892	64	71,9	1.667	42,8
Innsbruck-Land	107	4.529	31	29,0	2.371	52,4
TIROL	518	19.566	127	24,5	10.411	53,2

Kosten der Kinderbetreuung

„*Haushalte mit kleinen Kindern haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17 %)*“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 fest. ¹⁰³ Und das höchste Armutsrisiko – nach Familienstrukturen - haben in Österreich Alleinerziehende (31 %) und Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern (18 %).

¹⁰⁴ Laut Sozialbericht 2003-2004 wurden im Jahr 2002 seitens der öffentlichen Hände (vor allem der Länder und Gemeinden) etwa 800 Mio. Euro für „Kindergärten“ aufgewendet, wobei dies eine

⁹⁸ Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2004/2005

⁹⁹ Amt der Tiroler Landesregierung: Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol. Kindergärten in Tirol 2003/2004

¹⁰⁰ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.222

¹⁰¹ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 39

¹⁰² Amt der Tiroler Landesregierung: Statistik der Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol 2004/2005

¹⁰³ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S. 217

¹⁰⁴ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.220

Schätzung sei.¹⁰⁵ Diese öffentliche Investitionen schaffen einerseits Kinderbetreuungsplätze, zum großen Teil aber werden damit laufende Kosten dieser Einrichtungen übernommen, um sie für die Menschen leistbar zu halten, die sie in Anspruch nehmen. Das Land Tirol hat im Jahr 2005 Ausgaben von 20,441 Mio. Euro für Kindergärten veranschlagt, wobei der Großteil (20 Mio. Euro) Personalkostensätze für die meist von Gemeinden geführten Kindergärten sind.¹⁰⁶

In der Regel werden in ganz Österreich von den Eltern monatliche Beiträge für die Betreuung ihrer Kinder verlangt. Laut Mikrozensus 2002 wurden in den Bundesländern monatliche Elternbeiträge zwischen 90 Euro (in Vorarlberg) und 184 Euro (in Wien) verlangt, die unter Berücksichtigung von Ermäßigungen zwischen 10 Euro (in Vorarlberg) und 100 Euro (in Kärnten) schwankten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Kinderbetreuungsangebot in den Bundesländern sehr unterschiedlich ist: das Ganztagesangebot ist beispielsweise in Vorarlberg sehr gering, in Wien dagegen flächendeckend. Tirol lag mit durchschnittlichen Elternbeiträgen von 150 Euro (ohne Ermäßigungen) sehr hoch, mit 50 Euro nach Ermäßigungen dagegen sehr günstig.

In den meisten Bundesländern werden die Elternbeiträge von den Erhaltern der Kinderbetreuungseinrichtungen (überwiegend Gemeinden) selbst festgesetzt und sind daher sehr unterschiedlich. So auch in Tirol. Vom Amt der Tiroler Landesregierung wurden Angaben über die Höhe der monatlichen Elternbeiträge in den einzelnen Institutionen erhoben. Der durchschnittliche monatliche Elternbeitrag für den Besuch des Kindergartens in Tirol beträgt derzeit 42 Euro, für den Hort 100 Euro und für die Kinderkrippe 191 Euro, berechnet jeweils für die längstmögliche Betreuungsdauer, ohne Kosten für eventuelle Mittagsverpflegung und ohne Berücksichtigung irgendwelcher Staffellungen. Ist das Kind in einem öffentlich geführten Kindergarten (Betreiber Bund, Land oder Gemeinde) eingeschrieben, so sind durchschnittlich nur 32 Euro zu bezahlen, in einem Privatkindergarten erreicht der Elternbeitrag dagegen eine durchschnittliche Höhe von 110 Euro.

Monatliche Elternbeiträge in Euro in Kinderbetreuungseinrichtungen 2003¹⁰⁷

	Krippen	Durch. monatl. Eltern- beitrag pro Kind	Durch. Öffnung in Stunden	Kindergärten	Durch. monatl. Eltern- beitrag pro Kind	Durch. Öffnung in Stunden	Horte	Durch. monatl. Eltern- beitrag pro Kind	Durch. Öffnung in Stunden
Innsbruck -Stadt	16	195,01	47,0	54	114,63	41,7	17	111,43	36,8
TIROL	34	190,79	46,9	435	41,69	32,1	37	99,86	35,0

Am teuersten, weil personalintensivsten ist die Betreuung der Kleinkinder unter drei Jahren. So mussten die Eltern von Kleinkindern **in Innsbruck in den Kinderkrippen einen Monatsbeitrag von 195** bezahlen, was knapp über dem Landesdurchschnitt lag. **Am teuersten von allen Bezirken sind in Innsbruck auch Kindergärten**, zum einen weil 45 % der Kindergärten von privater Seite betrieben werden und zum anderen weil sie bedeutend längere wöchentliche Betriebszeiten als in den anderen Bezirken aufweisen. In Innsbruck liegt **der Elternbeitrag bei durchschnittlich 115 Euro pro Monat**. Das ist fast dreimal so viel als der Landesschnitt. Der **Hortbesuch** kommt vom Kostenbeitrag her in Tirol zwischen Kindergarten und Krippe zu liegen. 100 Euro pro Monat – 82 Euro für öffentliche und 114 Euro für private Horte - müssen die Eltern von SchülerInnen bezahlen, damit sie im Durchschnitt 35 Stunden pro Woche in einem Hort verbringen können. **Auch die Unterbringung in dieser Einrichtung war in Innsbruck mit 111 Euro teurer als in den meisten anderen Bezirken**, dafür werden die Schüler in Innsbruck um gut 2 Stunden länger betreut als in den Landbezirken.

¹⁰⁵ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.194

¹⁰⁶ Landesbudget 2005

¹⁰⁷ Amt der Tiroler Landesregierung: Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol - Kindergärten in Tirol 2003/2004

Schule und Bildungskosten

Abgesehen von Hortkosten entstehen Eltern zusätzliche und zunehmende **Kosten durch Kinder, die zur Schule gehen**. Etwa durch den Transport der Kinder zur und von der Schule, durch Schulmaterialien, durch Betreuungsbeiträge in ganztägigen Schulformen oder durch die Einführung von Studiengebühren. In Schulen werden auch immer häufiger finanzielle Beiträge von Eltern für Unterrichtsaktivitäten oder Schulveranstaltungen verlangt. Die Sparmaßnahmen im Schulbereich im Bereich der Förderung lern- oder sprachschwacher Kinder führen immer häufiger dazu, dass Eltern private Förder- oder Nachhilfestunden bzw. –kurse zu finanzieren haben. Eltern von Jugendlichen, die eine Lehrausbildung machen, entstehen ebenfalls zusätzliche Kosten. Nicht zuletzt sind vor allem die Kosten eines Hochschulstudiums enorm gestiegen – durch die Einführung von Studiengebühren, aber auch die Verteuerung der Wohn- und Lebenshaltungskosten für die Studierenden. Auch im weiteren Lebensweg ergeben sich Kosten durch eine Weiterbildung oder Höherqualifizierung.

Im Schuljahr 2002/2003 gingen im Raum Innsbruck 47.318 Kinder und Jugendliche zur Schule. 32.868 davon in eine Volks- oder Hauptschule, 1.555 in eine mittlere und 10.931 in eine höhere Schule. 1.474 studierten.

Die Bildungsausgaben der Tiroler Haushalte waren allerdings im Durchschnitt gering. Sie wurden in der Konsumerhebung 1999/2000 mit nur 4,30 Euro pro Monat oder 0,2 % der Haushaltsausgaben angegeben, 2004/05 allerdings mit 13,30 Euro pro Monat. Sie lagen damit dennoch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 20,30 Euro pro Monat oder 0,8 % der Haushaltsausgaben. Dieser Durchschnittswert ist allerdings mit Vorsicht zu sehen, zumal nur etwa 40 % der Tiroler Haushalte Kinder und damit zusätzliche Bildungskosten haben. **In Innsbruck lagen die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro Haushalt mit 25,70 Euro deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.**

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹⁰⁸ Investitionen in Bildung zahlen sich daher aus: die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit Pflichtschulabschluss ist durchschnittlich doppelt so hoch (18 %) als bei Menschen mit Lehrabschluss, Matura oder Hochschulabschluss. Generell ist der Bildungsgrad in den Großstädten Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg sogar am höchsten von allen Regionen in Österreich. Diese Städte weisen im Schnitt 35 % der Bevölkerung mit Matura oder sogar Hochschulabschluss aus (im Tiroler Landesdurchschnitt sind es nur 20 %). Und zugleich finden sich in diesen Städten die höchsten Anteile von Beschäftigten in höheren oder hochqualifizierten beruflichen Tätigkeiten.

Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 59 % der AkademikerInnen und 40 % der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 14 % jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹⁰⁹

Auf die Hilfen für Familien für SchülerInnen, Studierende und die Lehrlingsausbildung wurde bereits im Abschnitt 2.4 über die Familienleistungen hingewiesen. Darüber hinaus sei die „besondere Schulbeihilfe“ erwähnt. Sie wird gewährt, wenn der Schüler berufstätig ist, die Berufstätigkeit zum Schulbesuch aufgibt und sich mindestens 4 Jahre davon selbst erhalten hat, aber auch einen ausgezeichneten Schulerfolg hat. Sie beträgt monatlich 618 Euro sowie weitere 291 Euro pro Kind.

Kosten von Pflege und Behinderungen

Pflegebedürftige Menschen haben an soziale Dienste Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen zu bezahlen.

Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Zentren erbracht, sondern innerhalb der Familien und hier überwiegend von Frauen. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003

¹⁰⁸ Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

¹⁰⁹ Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien 2005, S. 84

ergab, dass in 80 bis 90 % der Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige erfolgten, in nur 15 bis 20 % durch Soziale Dienste. Selbst Betreuungsmaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.¹¹⁰ „Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und – bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen (66 %) und 144.000 Männer (34 %), die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.¹¹¹ Umgelegt auf Tirol hieße das, dass mehr als 30.000 Personen durch Angehörige gepflegt und betreut wurden bzw. werden.

Als private PflegehelferInnen fungieren vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Ein Drittel der pflegenden Frauen – sie wenden im Durchschnitt 11,4 Stunden pro Woche für die Pflege auf - ist durch Berufstätigkeit einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Jede/r zweite Pflegeperson empfindet eine psychische Belastung, jede/r dritte auch eine körperliche.

Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitet nur Teilzeit, verzichtet für diese Pflege auf Erwerbseinkommen. Zwar wird seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Dennoch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft das Pflegegeld.

Die mittlere Lebenserwartung wird in Tirol zwischen 2001 und 2031 erheblich (bei Frauen von 82,5 auf 86,6 und bei Männern von 76,7 auf 81,4 Jahre) ansteigen. Die Zahl der über 64-Jährigen wird mit steigender Dynamik bis zum Jahr 2016 um 40.000 Personen zunehmen, bis 2031 um weitere 50.000 Personen; die Zahl der über 84-Jährigen wird in den nächsten 30 Jahren von derzeit 10.300 auf weit mehr als das Doppelte (27.100 Personen) ansteigen.¹¹² Damit wird auch die Zahl pflegebedürftiger Menschen stark steigen. Und mit ihnen der Pflegebedarf und -aufwand.

3.5 Ausgaben für Gesundheitspflege

Die monatlichen Ausgaben für Gesundheitspflege (Arzneien, Heilmittel, ärztliche und Krankenhausleistungen) in den Tiroler Haushalten haben sich von 44,80 Euro monatlich bzw. 2,1 % der Haushaltsausgaben (Konsumerhebung 1999/2000) auf 85,10 Euro bzw. 3,2 % der Haushaltsausgaben (Konsumerhebung 2004/05) fast verdoppelt. **In Innsbruck liegen die durchschnittlichen Haushaltsausgaben mit 92,40 Euro monatlich deutlich über dem Landesdurchschnitt.**

Die Arbeiterkammer Tirol weist darauf hin, dass in den letzten Jahren den PatientInnen zunehmend „durch Selbstbehalte Eigenleistungen auferlegt werden“. ¹¹³ So zahlen alleine die ASVG-Versicherten in Österreich pro Jahr bereits 700 Mio. Euro an Selbstbehalten. Allein im Bereich der Tiroler Gebietskrankenkasse betrug im Jahr 2003 der Selbstbehalt im Bezug auf Sachleistungen (Arzt, Medikamente, Heilbehelfe, Anstaltspflege) 72 Mio. Euro (oder 14 % der Gesamtkosten). Hinzu kamen Selbstbehalte durch die Entrichtung der Rezeptgebühr in Höhe von 19,2 Mio. Euro und weitere 4 Mio. Euro aus der Krankenscheingebühr. Die Rezeptgebühr ist in den letzten fünf Jahren um fast 44 % erhöht worden, der Spitalskostenbeitrag um über 96 %. Weitere Millionen Euro an Selbstbehalten entfielen auf die Inanspruchnahme von Wahlärzten, für Heilmittel unter der Rezeptgebühr, für Hilfsmittel, für Zahnbehandlung, Zahnersatz und Zahnkronen, Selbstbehalte für Sanatoriumsaufenthalt, für Transport und Fahrtkosten. ¹¹⁴ Man kann davon ausgehen, dass die bei der Gebietskrankenkasse Tirol Versicherten ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen – etwa 370.000 Menschen ¹¹⁵ – in Summe zumindest 100 Mio. Euro an Selbstbehalten pro Jahr zu bezahlen haben. Das sind durchschnittlich etwa 270 Euro pro Jahr oder 22,50 Euro monatlich pro Kopf.

¹¹⁰ Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

¹¹¹ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003, S. 44

¹¹² Amt der Tiroler Landesregierung, Demographische Daten Tirol 2003, S.42

¹¹³ AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 80

¹¹⁴ AK Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, S. 80

¹¹⁵ nach Angaben der Tiroler Gebietskrankenkasse

Alarmierend sind die Zahlen aus der jüngsten Erhebung der Statistik Austria „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004“, wonach in den Großstädten Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg 24 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig bis schlecht beurteilen und sogar 53 % der über 65jährigen. Umgelegt auf Innsbruck **weisen über 21.000 der erwachsenen InnsbruckerInnen nur einen mittelmäßigen und über 8.000 sogar nur einen schlechten Gesundheitszustand auf.**¹¹⁶ Ein Warnsignal muss auch sein, dass mit Ende Juni 2003 in Österreich bis zu 205.000 Menschen über 15 Jahren (oder 3,1 % der Bevölkerung über 15 Jahren) nicht vom Schutz einer sozialen Krankenversicherung erfasst waren, die zugleich eine einkommensschwache Bevölkerungsgruppe sind und noch dazu einen relativ schlechten Gesundheitszustand aufweist.¹¹⁷

3.6 Kommunikationskosten

Einen wachsenden Teil der Haushaltsausgaben nehmen die Kommunikationskosten ein. Die monatlichen Kommunikationsausgaben lagen in Tirol zuletzt (Konsumerhebung 2004/05) mit 66,50 Euro monatlich bzw. 2,5 % der Haushaltsausgaben im österreichischen Durchschnitt. **In Innsbruck geben die Haushalte sogar durchschnittlich 77 Euro pro Monat für Kommunikation aus.** Diese Kosten sind in den letzten Jahren allerdings durch zusätzliche Kommunikationsangebote (Mobiltelefonie und Internet) deutlich gestiegen.

durchschnittliche Haushaltsausgaben für Kommunikation in Österreich¹¹⁸

	monatlich	jährlich
1993/1994	42,30 €	507,60 €
1999/2000	64,82 €	777,84 €
2004/2005	66,04 €	792,48 €
Veränderung	+23,74 €	+274,88 €
in %	+56,1 %	+56,1 %

Ähnliche Ergebnisse weist die Statistik Austria für die Ausgaben für die „Nachrichtenübermittlung“ in Österreich aus. Die jährlichen Ausgaben stiegen innerhalb von 10 Jahren (1992-2002) um 163 %, pro Kopf um 156 %. Vor allem in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre – also während des Handy- und Internet-Booms - erfolgte ein rasanter Anstieg der Ausgaben.

Ausgaben für „Nachrichtenübermittlung“ in Österreich insgesamt¹¹⁹

	Insgesamt	Pro Kopf jährlich
1992	1,59 Mrd. €	203 €
1995	1,90 Mrd. €	239 €
2000	4,02 Mrd. €	502 €
2002	4,18 Mrd. €	519 €
Veränderung 1992-2002	+ 2,59 Mrd. €	+ 316 €
In %	+163 %	+156 %

3.7 Vermögensbildung - Sparen

„Gespart“ wurde in den vergangenen Jahren überwiegend von „privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ (das sind im Wesentlichen Privatpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Stiftungen) sowie von Kapitalgesellschaften (also Wirtschaftsunternehmen, Banken, Versicherungen, Investmentfonds und Pensionskassen).

¹¹⁶ Statistik Austria „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004“, Wien, 2006, S. 119 und 120

¹¹⁷ Gesundheitsministerium: Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich, Wien 2004, S.14

¹¹⁸ Statistik Austria, Konsumerhebungen 1993/1994, 1999/2000 und 2004/05

¹¹⁹ Statistik Austria

Allerdings nahm die "Sparquote", also der Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen vor allem der Privaten in den letzten Jahren deutlich ab: 1996 fiel die Sparquote unter 10 % und liegt seither bei Werten um nur mehr 8 %. Die Sparquote der Privaten ist damit in Österreich unter den Durchschnitt des Euro-Raumes gefallen, ist aber höher als etwa in Japan oder den USA.

Es ist davon auszugehen, dass ein durchschnittlicher Tiroler Haushalt **etwa 200 Euro monatlich** für das Sparen aufwendet, also etwa das Sparen von Bargeld, das Ansparen von Spareinlagen, das Bausparen und andere Sparformen, wie das Ansparen in Lebensversicherungen oder Pensionsvorsorgen und – in den letzten Jahren verbreiteter – Geldanlagen in Wertpapierfonds und Aktien.

Das Sparverhalten hängt allerdings enorm vom verfügbaren Einkommen ab. Es kann angenommen werden, dass die mehr als 16.000 armutsgefährdeten Menschen in Innsbruck von der Vermögensbildung weitgehend ausgeschlossen sind.

3.8 Schulden

Bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung ist auch die Tilgung von privaten Schulden Bestandteil der regelmäßigen Ausgaben. Insbesondere durch die Wohnraumschaffung entstehen meist erhebliche Schulden. Die Schulden der privaten Haushalte in Österreich sind zu zwei Drittel Wohnbaukredite, und zu einem Drittel Konsumkredite.¹²⁰

Die beim Kreditschutzverband geführte Kleinkreditevidenz weist für Tirol etwa 200.000 Personen aus.¹²¹ Davon dürften etwa 30.000 Tiroler schwer verschuldet oder sogar überschuldet sein.¹²² Diese Zahl wird vom Kreditschutzverband Tirol bestätigt, sie sei aber seit Jahren relativ konstant.

Die Verschuldungssumme der Privaten steigt. Von 1995 bis 2004 stieg die private Verschuldung in Österreich insgesamt um 44,2 Mrd. Euro oder 80 % auf 94,2 Mrd. Euro. Im Durchschnitt dieser zehn Jahre stieg die Verschuldung damit pro Jahr um 4,4 Mrd. Euro oder 8 %. Wenn man von einer durchschnittlichen Verschuldung der Tiroler Haushalte ausgeht, so war **2004 jeder Tiroler Haushalt mit durchschnittlich knapp 28.200 Euro verschuldet**, alle Tiroler Haushalte mit insgesamt 7,35 Mrd. Euro.

Schon der Finanzmarktstabilitätsbericht 6 der Oesterreichischen Nationalbank stellte 2003 fest: „Die deutliche Zunahme bei den Privatkonkursen in den letzten Jahren kann als Hinweis dafür gesehen werden, dass sich das Ausfallrisiko im Haushaltssektor verschlechtert hat.“¹²³

Ende 2003 waren nach Angaben des Inkassoverbandes 900.000 ÖsterreicherInnen erheblich verschuldet oder zahlungsunfähig.¹²⁴ Die Zahl und Höhe überfälliger Forderungen steige. Der Inkassoverband stellt bei den privaten Schuldnern einen rapide „Verschlechterung der Zahlungsmoral“ fest, wobei neben Arbeitslosigkeit und Liquiditätsengpässen auch vorsätzliches Nichtzahlen nehme, eine Entwicklung, die durch die Möglichkeit des Privatbankrotts gefördert wird.¹²⁵

Der Kreditschutzverband meldete 2005 eine Zunahme der Privatbankrotte um 14 % (auf 5.343) innerhalb eines Jahres. In Tirol wurden bereits 2004 644 Privatbankrotte verzeichnet, was beinahe einer Verdopplung gegenüber dem Jahr 2000 entsprach. Und es war (nach Wien und Oberösterreich) die dritthöchste Zahl von Privatbankrotten aller Bundesländer! Im 1. Quartal 2004 wies Tirol bei den Privatbankrotten nach Vorarlberg sogar die höchste „*Insolvenzneigung*“ aller Bundesländer auf.¹²⁶

Die Schuldnerberatung Tirol gab im Jahr 2004 die Zahl der von ihr betreuten Schuldner mit 1.694 an. Die Personen hatten eine durchschnittliche Verschuldung von mehr als 75.000 Euro, womit sie

¹²⁰ vgl. ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, S. 41

¹²¹ Tiroler Tageszeitung, 12.3.2005

¹²² Tiroler Tageszeitung, 13.8.2004

¹²³ Oest. Nationalbank: Finanzmarktstabilitätsbericht 6, Wien, 2003, S.56

¹²⁴ Inkassoverband, 26.11.2003

¹²⁵ Presseausendung des Inkassoverbandes vom 28.4.2005

¹²⁶ Kreditschutzverband: Insolvenztatistik 1. Quartal 2004, S. 4

deutlich über dem österreichischen Durchschnitt von 58.000 Euro lag. ¹²⁷ **55 % der von der Schuldnerberatung betreuten Personen kam aus Innsbruck und Innsbruck-Land**, 24 % aus dem Tiroler Unterland, die wenigsten aus den Bezirken Landeck, Lienz und Reutte. Eine Verschlechterung des Einkommens oder Arbeitslosigkeit sind nach Angaben der Schuldnerberatung die mit Abstand häufigsten Ursachen für eine Überschuldung. Ende April 2005 musste die Schuldnerberatung selbst bekannt geben, aus Geldmangel keine zusätzlichen Beratungen mehr durchführen zu können.

3.9 Kaufkraft in Tirol

Eine Studie über Preise und Kaufkraft des Instituts OGM im September 2005, bei der rund 6000 Preise ermittelt wurden, bestätigte für Tirol, dass die Netto-Einkommen 2003 selbst unter Einbeziehung sämtlicher Transferleistungen und Einkommen aus der Schattenwirtschaft (mit 93,5 %) deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt lagen und nur noch in Kärnten und Burgenland noch geringer als in Tirol waren. ¹²⁸ Kaufkraft wird definiert als dem Käufer zur Verfügung stehendes Geld, das durch Einkommen, aber auch Kredite entsteht. Sie wird u.a. bestimmt durch den Preisindex.

Für Tirol wurde ein überdurchschnittliches und mit 102,9 % sogar das insgesamt dritthöchste Preisniveau aller Bundesländer (nach Vorarlberg und Salzburg) festgestellt. Unterdurchschnittliche Einkommen und überdurchschnittliche Preise führten letztlich dazu, dass für Tirol die geringste Kaufkraft aller Bundesländer (mit 9,1 % unter dem österreichischen Durchschnitt liegend) ausgewiesen wurde.

¹²⁷ ASB Schuldnerberatungen GmbH

¹²⁸ OGM: Studie Reale Kaufkraft 2005, September 2005

4. Zusammenfassung

Bevölkerung, Wirtschaft, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit:

17 % der Tiroler Bevölkerung leben in der Landeshauptstadt Innsbruck. Dennoch zählt die Stadt neben Osttirol zu den Bezirken mit dem schwächsten Bevölkerungswachstum.

In der Region Innsbruck werden über 44 % der Tiroler Wertschöpfung erarbeitet werden, aber der Anstieg des Bruttoregionalprodukts lag in der Region Innsbruck in den letzten Jahren (1995-2002) unter dem Landes- und auch unter dem Bundesdurchschnitt.

40 % aller Tiroler Berufstätigen waren zuletzt (2004) in Innsbruck-Stadt bzw. Innsbruck-Land beschäftigt. In Innsbruck hatten zuletzt (2003) nur etwa 17.500 bzw. 63,9 % der männlichen Arbeitnehmer und etwa 13.000 bzw. 48,4 % der weiblichen Arbeitnehmer einen Normalarbeitsplatz. Fast 36 % der Innsbrucker Arbeitnehmer und sogar fast 52 % der Arbeitnehmerinnen (zusammen 23.712 Menschen bzw. 44 % der ArbeitnehmerInnen) waren im Jahr 2003 in Innsbruck nur teilzeitbeschäftigt oder zeitweilig arbeitslos. Auch ein Drittel aller Tiroler geringfügig Beschäftigten arbeitet in Innsbruck.

In Innsbruck sowie im Bezirk Innsbruck-Land liegt allerdings die Arbeitslosenquote deutlich unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Dennoch sind in der Stadt Innsbruck mehr als 3.000 Menschen arbeitslos.

EINKOMMEN:

Arbeitnehmereinkommen:

In Innsbruck lagen die Arbeitnehmereinkommen zuletzt (2003) um etwa 5 % über dem Tiroler Durchschnitt, aber um etwa 5 % unter dem Bundesdurchschnitt. Lediglich Innsbrucker Frauen verdienen etwas mehr als im Bundesdurchschnitt. Ein ganzjährig vollbeschäftigter männlicher Innsbrucker Arbeitnehmer verdiente 2003 durchschnittlich 25.091 Euro netto, bei nicht ganzjähriger Beschäftigung dagegen nur mehr 6.871 Euro. Eine ganzjährig vollbeschäftigte Innsbrucker Frau verdiente 18.536 Euro netto. Bei ganzjähriger Teilzeitbeschäftigung durchschnittlich 11.842 Euro, bei nicht ganzjähriger Beschäftigung nur 4.849 Euro. Tiroler Frauen verdienen zuletzt (2003) dennoch in der Stadt Innsbruck am besten.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Tirol mit 64,2 % höher als im Bundesdurchschnitt (54,2 %). In Innsbruck-Stadt sind sie mit 44 % am geringsten von allen Tiroler Bezirken.

Generell nimmt der Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der wirtschaftlichen Wertschöpfung ab, die Einkommensunterschiede zwischen schlecht- und gutverdienenden ArbeitnehmerInnen wachsen, atypische Beschäftigungen nehmen deutlich zu und auch die Armutsgefährdung erwerbstätiger Menschen („working poor“). Es muss angenommen werden, dass in Innsbruck etwa 8.500 Menschen zeitweise oder ganzjährig armutsgefährdet oder arm („working poor“) sind, obwohl sie voll oder teilweise, unselbständig oder selbständig erwerbstätig sind.

In Innsbruck lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 15.000 ausländische StaatsbürgerInnen. Insgesamt gab es aber rund 20.000 Menschen, die im Ausland geboren wurden. Es ist davon auszugehen, dass in Innsbruck etwa 5.300 MigrantInnen – jeder vierte - armutsgefährdet sind. Mit anderen Worten: ein Drittel der Armutsgefährdeten in Innsbruck sind MigrantInnen.

Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse:

Rein selbständig Tätige hatten in Innsbruck zuletzt (2002) jährliche Einkünfte von durchschnittlich 33.953 Euro. Die Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb betragen in Innsbruck durchschnittlich 24.696 Euro. Die Einkommen der Selbständigen lagen damit etwas (2 %) über dem Landesdurchschnitt,

die Einkommen aus einem Gewerbebetrieb dagegen deutlich (um 30 %) unter dem Landesdurchschnitt.

44 % aller Tiroler Unternehmen (insg. 3.179) hatten zuletzt (2001) ihren Sitz in der Region Innsbruck. Sie vereinigten 45 % aller Gewinne auf sich, aber auch 63 % aller Verluste. Der durchschnittliche Gewinn lag mit mehr als 227.000 Euro um etwa 8 % über dem Landesdurchschnitt.

Generell zeigt sich, dass Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse seit mehr als 20 Jahren stärker wachsen als Arbeitnehmerentgelte.

Vermögenseinkommen:

Die Zinseinkünfte betragen in Innsbruck zumindest rund 30 Mio. Euro pro Jahr. Die Vermietung und Verpachtung von Wohnungen und Geschäftsflächen erbringt in Innsbruck zumindest 60 Mio. Euro reinen Mietertrag pro Jahr.

Einkünfte aus umverteiltem Einkommen:

Das sind im wesentlichen die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Kürzungen bei diesen Einkommen haben zu einem Ansteigen der Armutsgefährdung in Österreich geführt.

Die Statistik Austria spricht von überdurchschnittlicher Armutsgefährdung in Innsbruck. Geht man von der überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote in Großstädten über 100.000 EinwohnerInnen aus, so ist anzunehmen, dass in Innsbruck im Jahr 2004 mehr als 16.200 Menschen armutsgefährdet waren, um 800 mehr als im Jahr davor. Etwa 9.300 InnsbruckerInnen lebten in verfestigter Armut. Ohne Sozialleistungen wäre die Armutsgefährdung in Großstädten wie Innsbruck etwa doppelt so hoch (27 %) bzw. mehr als 31.000 Menschen wären in Innsbruck armutsgefährdet. Ohne Pensionen wären sogar 47 % der Innsbrucker (54.400 Menschen) armutsgefährdet.

Bei den Pensionen ist festzustellen, dass in Innsbruck die höchsten in Tirol bezahlt werden. Dies hängt zusammen mit den höheren Erwerbseinkommen in Innsbruck. Es leben aber auch etwa 3.400 AusgleichszulagenbezieherInnen in Innsbruck. Und sie leben allesamt unter der Armutsgefährdungsgrenze. Zieht man die durchschnittliche Armutsgefährdung von Pensionistenhaushalt in Österreich heran, so muss angenommen werden, dass etwa 4.200 der rund 25.500 Innsbrucker PensionistInnen armutsgefährdet sind.

Es kann angenommen werden, dass in Innsbruck mehr als 4.000 Menschen Pflegegeld beziehen.

Die geringe Höhe des Arbeitslosengeldes in Innsbruck bedeutet: Wer in Innsbruck arbeitslos wird, hat ein hohes Risiko armutsgefährdet zu sein. NotstandshilfebezieherInnen sind in Innsbruck sogar in hohem Maß armutsgefährdet. Zur Zeit sind in Innsbruck etwa 3.000 Menschen arbeitslos.

Mehr als die Hälfte aller Anträge auf Sozialhilfe in Tirol kamen 2004 aus der Stadt Innsbruck.

In Innsbruck lag auch die Zahl der Wohnbeihilfenbezieher deutlich über dem Landesdurchschnitt. Und sogar 59 % aller Mietzins- und Annuitätenbeihilfen Tirols werden in Innsbruck ausbezahlt.

VERBRAUCHSAUSGABEN:

Mit 2.660 Euro hatte Tirol zuletzt (2004/05) die dritthöchsten Haushaltsausgaben aller Bundesländer. Der durchschnittliche Anstieg der monatlichen Haushaltsausgaben in Tirol war zudem mit plus 499 Euro (oder plus 23,1 %) der mit Abstand höchste aller Bundesländer!

Ingesamt sind die Haushaltsausgaben in dicht besiedelten Gebieten (Großstädten) um etwa 3,5 % geringer als der Durchschnitt, in mittel und gering besiedelten Gebieten dagegen überdurchschnittlich. Umgelegt auch Innsbruck bedeutet das durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in den Jahren 2004/2005 von 2.567 Euro. Das war eine Zunahme um 420 Euro (oder knapp 20 %) gegenüber der Konsumerhebung 1999/2000, also binnen 5 Jahren. Das heißt, die monatlichen Haushaltsausgaben stiegen in Innsbruck um durchschnittlich 84 Euro pro Jahr.

Wohnen:

Konsumerhebung und Mikrozensus weisen für Tirol überdurchschnittliche Wohnkosten aus. In Innsbruck können die durchschnittlichen monatlichen Wohnkosten eines Haushalts mit 559,60 Euro angenommen werden. Das ist in absoluten Zahlen weniger als im Landesdurchschnitt, pro Quadratmeter gerechnet allerdings um fast 13 % mehr. In Innsbruck empfanden daher zuletzt 18 % der Bevölkerung bzw. fast 21.000 Menschen die Wohnkosten als starke finanzielle Belastung.

Der Immobilienpreisspiegel weist Innsbruck als eine der teuersten Wohngegenden Österreichs aus. Für eine Mietwohnung wurde in Innsbruck 2005 je nach Wohnwert eine Miete von 463 bis 698 Euro pro Monat verlangt. Eine gebrauchte Eigentumswohnung mit einer durchschnittlichen Größe von knapp 76 m² kostete in Innsbruck 2005 je nach Wohnwert zwischen 101.402 und 171.352 Euro, eine neue Eigentumswohnung derselben Größe zwischen 150.995 und 210.311 Euro. Innsbruck und der Bezirk Kitzbühel gehören mit den Städten Salzburg und Wien zu den teuersten Wohngegenden Österreichs. Bei frei vereinbarte Mieten, gebrauchten und neuen Eigentumswohnungen übertrifft Innsbruck fast alle Wiener Bezirke. Innsbruck hat bei neuen Eigentumswohnungen und Reihenhäusern Preise wie die Wiener Nobelbezirke Hietzing, Währing und Döbling. Auch für den Einfamilienhausbau ist Innsbruck das teuerste Pflaster in Tirol.

Bei den Energiekosten sind in den letzten Jahren zum Teil deutliche Kostensteigerungen feststellbar. Ein Innsbrucker Haushalt mit einem durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch hat derzeit dafür rund 120 Euro im Monat zu bezahlen. Innsbruck hat die höchsten jährlichen Kosten für Wasser und Abwasser pro Kopf im Bundesland Tirol.

Mobilität:

Die Mobilitätskosten eines Innsbrucker Haushalts liegen etwa 10 % unter dem Landesdurchschnitt bei durchschnittlich 364 Euro im Monat.

Familie:

Es ist anzunehmen, dass in Innsbruck etwa 4.200 Menschen (Erwachsene und Kinder) armutsgefährdet sind, weil sie in AlleinerzieherInnen-Haushalten leben. Etwa 2.300 Erwachsene und Kinder sind in Innsbruck armutsgefährdet, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben.

Fast 16.000 Innsbrucker Kinder befinden in einem Alter, wo Betreuung mehr oder weniger erforderlich ist.

Im Jahr 2004 wurden 70 % der Innsbrucker Kinder (ins. 4.749), die in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigem Alter waren (also jünger als 15 Jahre) nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung, sondern – in der Regel – in der Familie bzw. im (erweiterten) familiären oder Freundes-Bereich oder auch gar nicht betreut. Nur 30 % der Innsbrucker Kinder wurden in einer Betreuungseinrichtung betreut. Das Betreuungsangebot ist in Innsbruck aber besser als im Landesdurchschnitt.

Allerdings ist die Kinderbetreuung in Innsbruck auch am teuersten. Ein Kindergarten kostet durchschnittlich 115 Euro, ein Hortplatz 111 Euro und ein Krippenplatz durchschnittlich 195 Euro.

In Familien entstehen zusätzliche Kosten auch durch Schule und Bildung der Kinder. In Innsbruck lagen die durchschnittlichen Bildungsausgaben pro Haushalt mit 25,70 Euro deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

Weiters durch die Pflege von Familienangehörigen.

Gesundheit:

Die monatlichen Ausgaben für Gesundheitspflege (Arzneien, Heilmittel, ärztliche und Krankenhausleistungen) in den Tiroler Haushalten haben sich von 44,80 Euro monatlich (1999/2000) auf 85,10 Euro (2004/05) fast verdoppelt. In Innsbruck liegen die durchschnittlichen Haushaltsausga-

ben mit 92,40 Euro monatlich deutlich über dem Landesdurchschnitt. Alarmierend sind die Zahlen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung: es weisen über 21.000 der erwachsenen InnsbruckerInnen nur einen mittelmäßigen und über 8.000 sogar nur einen schlechten Gesundheitszustand auf.

Kommunikationskosten:

Die monatlichen Kommunikationsausgaben lagen in Tirol zuletzt (2004/05) mit 66,50 Euro monatlich im österreichischen Durchschnitt, sind in den letzten Jahren allerdings durch zusätzliche Kommunikationsangebote (Mobiltelefonie und Internet) deutlich gestiegen. In Innsbruck geben die Haushalte sogar durchschnittlich 77 Euro pro Monat für Kommunikation aus.

Vermögensbildung:

Für das Sparen wendet ein Tiroler Haushalt im Schnitt 200 Euro monatlich auf. Das Sparverhalten hängt allerdings enorm vom verfügbaren Einkommen ab. Es kann angenommen werden, dass die mehr als 16.000 armutsgefährdeten Menschen in Innsbruck von der Vermögensbildung weitgehend ausgeschlossen sind.

Schulden:

Die Verschuldung privater Haushalte steigt ebenso wie die Zahl der Privatkonkurse. Es kann angenommen werden, dass die durchschnittliche Verschuldung eines Tiroler Haushalts etwa 28.200 Euro beträgt. 55 % der von der Schuldnerberatung in Tirol betreuten Personen kommt aus Innsbruck und Innsbruck-Land.

Quellen

- AMS: Arbeitsmarktprofile 2003 der Bezirke Österreichs
- AMS: Die Arbeitsmarktlage im Jahr 2004
- AMS Tirol: Halbjahresbericht 2005
- Amt der Tiroler Landesregierung: Demographische Daten Tirol 2004
- Amt der Tiroler Landesregierung: Kinderbetreuungseinrichtungen in Tirol – Kindergärten in Tirol 2003/2004, Innsbruck, Juni 2004
- Amt der Tiroler Landesregierung: Landesbudget 2005
- Amt der Tiroler Landesregierung: Tirol Daten 1999 bis 2005
- Amt der Tiroler Landesregierung: Tiroler Wohnbaustatistik 2003
- Arbeiterkammer Tirol: Die Lage der Arbeitnehmer in Tirol 2005, Innsbruck 2005
- Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004
- Dunja Petzl: 10 Jahre Bundespflegegeld, Pflegevorsorge – Ein statistischer Überblick, Wien 2003
- Gesundheitsministerium: Quantitative und qualitative Erfassung und Analyse der nicht-krankenversicherten Personen in Österreich, Wien 2004
- Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Beschäftigtenzahlen
- Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2003
- Landesrechnungshof: Mietzins- und Annuitätenbeihilfen, 3.5. 2004
- Oesterreichische Nationalbank: Finanzmarktstabilitätsbericht 6, Wien 2003
- Oesterreichische Nationalbank: Statistische Monatshefte
- ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien 2004
- Rechnungshof: Einkommensbericht 2002
- Sozialministerium: Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2003
- Sozialministerium: Bericht über die soziale Lage 2001-2002
- Sozialministerium: Bericht über die soziale Lage 2003-2004
- Sozialministerium: Wegweiser für Alleinerziehende, Wien 2002
- Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2003, Wien 2005
- Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004, Wien 2006
- Statistik Austria: Statistik der Einkommensteuer 2002
- Statistik Austria: Häuser- und Wohnungszählung 2001
- Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003
- Statistik Austria: Integrierte Statistik der Lohn- und Einkommensteuer 2001 und 2003
- Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2004/05
- Statistik Austria: Konsumerhebung 1993/1994
- Statistik Austria: Konsumerhebung 1999/2000
- Statistik Austria: Konsumerhebung 2004/2005
- Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistiken 2000 und 2001

Statistik Austria: Statistik der Lohnsteuer 2001, 2002, 2003 und 2004

Statistik Austria: Mikrozensus 2000, 2002, 2003

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2004 und 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001

Statistik Austria: Wohnungen – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, September 2003

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2005

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Wien, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Ein wesentliches Ziel der Gesellschaft ist es, fundierte Beiträge für den öffentlichen politischen Dialog liefern.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 25. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung.

Die ÖGPP veröffentlicht ihre Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Der Autor:

Dr. phil. Andreas Höferl, geb. 1959, ist Gründer, Generalsekretär und wissenschaftlicher Leiter der ÖGPP.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,
im Besonderen auch der Bank Austria Creditanstalt sowie der Wiener Städtischen Versicherung

Bank Austria
Creditanstalt

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER
STÄDTISCHE